ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gramelsberger, Gabriele; Vaillant, Kristina

Working Paper

Freie ForscherInnen statt Low Budget Academics. Entwicklung eines Berufsbildes "Freie ForscherIn" an der Schnittstelle zwischen Universität und Gestaltungsöffentlichkeit (Markt, Status, Infrastruktur)

RatSWD Research Note, No. 20

Provided in Cooperation with:
German Data Forum (RatSWD)

Suggested Citation: Gramelsberger, Gabriele; Vaillant, Kristina (2008) : Freie ForscherInnen statt Low Budget Academics. Entwicklung eines Berufsbildes "Freie ForscherIn" an der Schnittstelle zwischen Universität und Gestaltungsöffentlichkeit (Markt, Status, Infrastruktur), RatSWD Research Note, No. 20, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/189661

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Rat für Sozial- und
WirtschaftsDaten (RatSWD)

www.ratswd.de

RatSWD
Research Notes

Research Note No. 20

Ursprünglich als RatSWD Working Paper No. 25 erschienen

„Freie ForscherInnen statt Low Budget Academics“

Entwicklung eines Berufsbildes „Freie ForscherIn“ an der Schnittstelle zwischen Universität und Gestaltungsöffentlichkeit (Markt, Status, Infrastruktur)

Gabriele Gramelsberger, Kristina Vaillant

2008

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Research Notes des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)

In der Publikationsreihe *RatSWD Research Notes* erscheinen empirische Forschungsergebnisse, beruhend auf Daten, die über die durch den RatSWD empfohlene informationelle Infrastruktur zugänglich sind. Die Pre-Print-Reihe startete Ende 2007 unter dem Titel *RatSWD Working Papers*.

Arbeiten aus allen sozialwissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen können in der Reihe erscheinen. Die Reihe *RatSWD Research Notes* bietet einen Einblick in die vielfältigen wissenschaftlichen Anwendungsmöglichkeiten empirischer Daten und Statistiken und richten sich somit an interessierte, empirisch arbeitende Wissenschaftler/innen ebenso wie an Vertreter/innen öffentlicher Einrichtungen der Datenerhebung und der Forschungsinfrastruktur.

Die *RatSWD Research Notes* sind eine Plattform für eine frühzeitige zentrale und weltweit sichtbare Veröffentlichung von auf empirischen Daten basierenden Forschungsergebnissen und konzeptionellen Ideen zur Gestaltung von Erhebungen. *RatSWD Research Notes* sind nicht-exklusiv, d. h. einer Veröffentlichung an anderen Orten steht nichts im Wege. Alle Arbeiten können und sollen auch in fachlich, institutionell und örtlich spezialisierten Reihen erscheinen. *RatSWD Research Notes* können nicht über den Buchhandel, sondern nur online über den RatSWD bezogen werden.

Um nicht deutsch sprechenden Leser/innen die Arbeit mit der neuen Reihe zu erleichtern, sind auf den englischen Internetseiten der RatSWD Research Notes nur die englischsprachigen Papers zu finden, auf den deutschen Seiten werden alle Nummern der Reihe chronologisch geordnet aufgelistet.

Die Inhalte der Ausgaben stellen ausdrücklich die Meinung der jeweiligen Autor/innen dar und nicht die des RatSWD.

Herausgeber der RatSWD Research Notes Reihe:

Vorsitzender des RatSWD (2007/08 Heike Solga, 2009 Gert G. Wagner)

Geschäftsführer des RatSWD (Denis Huschka)

Kontakt: Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten | Mohrenstraße 58 | 10117 Berlin | office@ratswd.de

„Freie ForscherInnen statt Low Budget Academics“

Entwicklung eines (Berufs-)bildes „Freie ForscherIn“ an der Schnittstelle zwischen Universität und Gestaltungsöffentlichkeit (Markt, Status, Infrastruktur)

Expertise zum Themenschwerpunkt „GeisteswissenschaftlerInnen in Beruf und Arbeitsmarkt“
RatSWD Rat für Sozial- und Wirtschaftdaten / BMBF Bundesministerium für Bildung und Forschung
31. Oktober 2007

Dr. Gabriele Gramelsberger Institut für Philosophie Habelschwerdter Allee 30 14195 Berlin	Kristina Vaillant, MA. textetage.com Paul-Lincke-Ufer 7 10999 Berlin
gab@zedat.fu-berlin.de	info@vaillant-texte.de
http://userpage.fu-berlin.de/~gab/	http://www.vaillant-texte.de

1. Einleitung: Freies Arbeiten in prekären Verhältnissen 2 - 5

2. Freischaffende AkademikerInnen: Persönliche Lebenssituationen 6 - 9

3. Modellanalyse freier Berufsbilder: KünstlerInnen, AutorInnnen, ArchitektInnen 9 - 13

4. Rolle der Geisteswissenschaften in der Wissensgesellschaft 14 - 19

5. Szenario (Berufs-) bild „Freie ForscherIn“ – Markt, Status, Infrastruktur 19 - 27

5.1 Markt - Freie, geisteswissenschaftliche Dienstleistungen und Forschungsarbeiten 20– 27

5.2 Sichtbarkeit - Gesellschaftlicher und sozialer Status „freier ForscherInnen“ 27 – 30

5.3 Infrastruktur - Realisierung freier Forschungsarbeit 30 - 32

6. Fazit und Empfehlungen zur Umsetzung 33 - 34

Hinweis Unter Geisteswissenschaften werden in dieser Expertise - analog dem Dokument des Wissenschaftsrates von 2006 - die Sprach- und Kulturwissenschaften (Fächergruppe 01) sowie Kunst und Kunstwissenschaften verstanden (Fächergruppe 09). (Wissenschaftsrat 2006: 122, 123).

„Freie ForscherInnen statt Low Budget Academics“

Entwicklung eines (Berufs-)bildes „Freie ForscherIn“ an der Schnittstelle zwischen Universität und Gestaltungsöffentlichkeit (Markt, Status, Infrastruktur)

Expertise zum Themenschwerpunkt „GeisteswissenschaftlerInnen in Beruf und Arbeitsmarkt“

Abstract

Die vorliegende Expertise lotet die Möglichkeiten freier Forschungsarbeit für GeisteswissenschaftlerInnen aus. Die Analyse konzentriert sich auf die drei Themenfelder Sichtbarkeit/Status, Infrastruktur, Markt, die eng miteinander verwoben sind. Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft stellt freie (geisteswissenschaftliche) Forschungsarbeit nicht nur einen neuen Markt dar, sie ist auch integraler Bestandteil dieser gesellschaftlichen Transformation. Als wichtige Wissensdienstleistung kann sie das bestehende Wissenschaftssystem unterstützen und entlasten, aber auch einen Beitrag zur Qualifizierung der Wissensproduktion privatwirtschaftlicher Dienstleister bieten. Das Szenario des (Berufs-)bildes „Freie ForscherIn“ zeigt daher Möglichkeiten auf, Sichtbarkeit/Status und Infrastruktur für freie Forschungsarbeit zu etablieren sowie Marktchancen zu identifizieren. Ein wichtiges Anliegen ist es dabei, freie Forschungsarbeit als wissensgenerierende und wissensintensive Dienstleistung zu charakterisieren und ihre Instrumente - marktfähige Forschungsformate - zu spezifizieren.

1. Einleitung: Freies Arbeiten in prekären Verhältnissen

In einem Artikel der Zeitschrift Gegenworte beschreibt Elisabeth Meyer-Renschhausen den Status freischaffender AkademikerInnen treffend als: unsichtbar. Sich mit vielerlei Jobs und Projekten über Wasser haltend, aber sich immer noch forschend, lehrend und publizierend am akademischen Diskurs beteiligend, ist die Problemlage dieser freien ForscherInnen als externe Lehrbeauftragte oder Privatdozenten zwar hinreichend bekannt, als gesellschaftliche Gruppe aber sind sie weitgehend unsichtbar. Im Jahr 2003 standen den 26.918 hauptberuflichen GeisteswissenschaftlerInnen an den deutschen Hochschulen 24.296 nebenberufliche GeisteswissenschaftlerInnen (Lehrbeauftragte, Privatdozenten und wissenschaftliche Hilfskräfte) gegenüber.[1] Keine Interessensvertretung oder unterstützende Infrastruktur stärkt die Position dieser freischaffenden GeisteswissenschaftlerInnen. Die Heterogenität ihrer Einzelschicksale und die Fähigkeit „Krisen durch Selbsthilfe mittels Eigenarbeit“[2] zu meistern, verhindern die Entstehung eines gesellschaftlich wahrnehmbaren Bildes freischaffender ForscherInnen – analog zu freischaffenden KünstlerInnen, AutorInnen oder ArchitektInnen. Dieser Status der „Unsichtbarkeit“ täuscht leicht darüber hinweg, dass freischaffende AkademikerInnen einen nicht unerheblichen Beitrag zur geisteswissenschaftlichen Forschung an der Schnittstelle zwischen Universität und Gestaltungsöffentlichkeit leisten.[3] Den akademischen, förderpolitischen und disziplinären Zwängen enthoben, handelt es sich dabei oft um originellere und innovativere Forschungsarbeiten als sie im akademischen System zu leisten wären. Gerade diese Freiheit der Forschung lockt mitunter AkademikerInnen aus dem System.

[1] Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Grund und Strukturdaten (GS) 2005: Tabelle 4.14.7 und 4.14.9 (Geisteswissenschaften: Alle G+S Daten erfassen die Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport sowie Kunst und Kunstwissenschaften in einer Kategorie zusammen.)

[2] Meyer-Renschhausen, Elisabeth: Low Budget Academics, in: Gegenworte 14, Herbst/Winter 2004, 64-66: 66.

[3] Der Begriff der Gestaltungsöffentlichkeit meint hier die Gruppe gesellschaftlicher und kultureller Akteure jenseits der Institutionen, die Angebote an die Öffentlichkeit adressieren (z. B. Veranstaltungen, Publikationen, politische Bürgeraktivitäten, ehrenamtliche Tätigkeiten, etc.).

Vor diesem ambivalenten Hintergrund ist die Expertise „Freie ForscherInnen statt Low Budget Academics“ angesiedelt. Die Möglichkeiten und Bedingungen einer Infrastruktur für freischaffende ForscherInnen, die die positiven Aspekte dieser Ambivalenz zur Geltung bringt, werden ausgelotet mit dem Ziel, das Innovations- und Kreativpotenzial freischaffender ForscherInnen an der Schnittstelle zwischen Universität und Gestaltungsöffentlichkeit einzubinden. Auf dem Weg zur Wissensgesellschaft – so die Meinung der Autorinnen – sollte freie (geisteswissenschaftliche) Forschungsarbeit als ein neuer Markt identifiziert und als ein integraler Bestandteil dieser gesellschaftlichen Transformation erkannt werden. In einem Szenario wird daher das (Berufs-)bild „Freie ForscherIn“ entwickelt und Kategorien diskutiert, welche diese Dienstleistung charakterisieren und von anderen Dienstleistungen differenzieren.

Für die Erstellung der Expertise waren wir aufgrund der Neuheit des Themas auf sachkundige Gespräche mit freischaffenden AkademikerInnen und ExpertInnen angewiesen. Die Interviews mit ihnen bilden den Hintergrund der Arbeit. Ergänzend wurden umfassende Recherchen zu bestehenden freien Berufen angestellt: KünstlerInnen, AutorInnen, ArchitektInnen. Unser Dank gilt den InterviewpartnerInnen, die uns in großzügiger Weise ihr Wissen offen legten, sowie folgenden ExpertInnen: Veronika Mirschel, ver.di Referat Freie und Selbständige; Stefan Reuß und Svenja Pfahl, sowitra Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer Berlin; Dr. Regina Frey, genderbüro Berlin; Irene Hohlheimer, Institut für Freie Berufe (IFB) an der Universität Erlangen. Für die tatkräftige Unterstützung bei der Recherche zu dieser Expertise möchten wir Nadine Csonka von der Technischen Universität Berlin danken.

Selbständigkeit

Dass in Deutschland die Zahl der Selbständigen stetig zunimmt, ist ein Trend, der bereits seit über 10 Jahren beobachtet wird. Unter den Freien Berufen verzeichnet das Institut für Freie Berufe (IFB) von 1992 bis zum 1. Januar 2007 nahezu eine Verdoppelung: Waren zu Beginn der 1990er Jahre gut eine halbe Million Menschen selbständig in den freien Berufen tätig, waren es Anfang des Jahres 2007 bereits eine knappe Million (954 Tausend). Dieser Trend scheint sich fortzusetzen, denn innerhalb der letzten drei Jahre sind jährlich 50 Tausend neue Selbständige in den freien Berufen hinzugekommen[4].

Freie Berufe

"Die Freien Berufe haben im allgemeinen auf der Grundlage besonderer beruflicher Qualifikation oder schöpferischer Begabung die persönliche, eigenverantwortliche und fachlich unabhängige Erbringung von Dienstleistungen höherer Art im Interesse der Auftraggeber und der Allgemeinheit zum Inhalt." (§ 1 Abs. 2 S. 1 PartGG)

Nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 S. 2 EStG teilen sich die Freien Berufe auf in
- Katalogberufe: Heilberufe, rechts-, steuer- und wirtschaftsberatende Berufe, naturwissenschaftliche/technische Berufe (Vermessungsingenieure, Ingenieure, Handelschemiker, Architekten, Lotsen) sowie sprach- und informationsvermittelnden Berufe (Journalisten, Bildberichterstatter, Dolmetscher, Übersetzer)
- Katalogberufen ähnliche Berufe: u. a. Erfinder, Lehrer/Dozent, Marktforscher, Sachverständiger, Wissenschaftler.

Freie Berufe unterliegen nicht der Gewerbeordnung. Sie werden größtenteils durch Standesordnungen geregelt und sind in Standesvertretungen organisiert, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind (Kammern.)

Quelle: Berufsverband Freie Berufe www.freie-berufe.de

Die Statistik über die Entwicklung der Freien Berufe spiegelt die Ausweitung der Definition dessen wieder, was ein freier Beruf ist: Zu den klassischen freien und häufig verkammerten Berufen wie Arzt, Rechtsanwalt oder Architekt sind einerseits diesen verwandte Berufe hinzugekommen (zum Beispiel „Heilmasseure“ in der Gruppe der Heilberufe), andererseits sind auch Berufe neu entstanden, die aufgrund

[4] Dieser Trend lässt sich ebenfalls am stetigen Anstieg der Mitgliedszahlen bei der Künstlersozialkasse (KSK) ablesen: Anfang 1992 waren insgesamt 58.460 künstlerisch-publizistisch Selbständige in der Künstlersozialkasse (KSK) versichert, bis Anfang 2007 hat sich die Anzahl nahezu verdreifacht auf 152.851 Mitglieder. Bei den Versicherten der Gruppe „Wort“ ist die Mitgliederentwicklung mit einem Anstieg von 12.157 Versicherten (1992) auf 38.211 zu Beginn des Jahres 2007 überproportional. www.kuenstlersozialkasse.de

struktureller Veränderungen in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt anstatt ausschließlich in einem Angestelltenverhältnis nun auch freiberuflich ausgeübt werden (zum Beispiel Journalisten oder auch Lehrer).

In der sozialwissenschaftlichen Forschung ist hier häufig von den „neuen Selbständigen", den „Solo-Selbständigen" oder den „AlleindienstleiterInnen" die Rede. Wissenschaftliche Studien, aber auch Publikationen für eine breitere Öffentlichkeit befassen sich vorrangig mit Selbständigen in den Medien- und Kulturberufen[5], selten nur geraten diejenigen in das Blickfeld, deren Beruf oder Tätigkeit nicht oder noch nicht als freiberufliche Tätigkeit eingeordnet wird. Die soziale Lage der „neuen Selbständigen" charakterisiert Karin Schulze Buschoff[6] wie folgt: Sie sind häufig Solo-Selbständige, sie wechseln von einem Erwerbsstatus in den nächsten, sind mal Arbeitnehmer, mal selbständig, mal arbeitslos. Für sie ist die Gefahr unsteter Einkommen größer als bei anderen Selbständigen. Und anders als in anderen europäischen Ländern ist die Absicherung sozialer Risiken – Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit – in Deutschland unzureichend, weil Selbständige in der Regel von den staatlichen Pflichtversicherungssystemen gar nicht erfasst werden. Dahinter steht zum einen die Vorstellung, dass Selbständige im Gegensatz zu abhängig Beschäftigten nicht des kollektiven Schutzes der Solidargemeinschaft bedürfen auch wegen des, wie der ver.id Service für Selbständige schreibt, verbreiteten Irrglaubens, selbständige Arbeit sei generell hoch dotierte Arbeit.[7] Ein Modell der sozialen Sicherung für diese Gruppe der Selbständigen gibt es lediglich für Künstler und Publizisten über die Künstlersozialkasse (KSK).[8] Seit Februar 2006 besteht zwar für Selbständige die Möglichkeit, sich unter bestimmten Vorraussetzungen freiwillig gegen Arbeitslosigkeit zu versichern, doch kann von einem tragfähigen Modell sozialer Absicherung für Freischaffende noch nicht die Rede sein.[9]

„Low-Budget-AkademikerInnen"

Die einzige Statistik, in der die freien GeisteswissenschafterInnen als Gruppe sichtbar werden, sind die Personalstatistiken der Hochschulen. Sie treten hier in der Kategorie „nebenberuflich tätiges wissenschaftlich-künstlerisches Personal" als Lehrbeauftragte, Privatdozenten und außerplanmäßige (apl.) Professoren in Erscheinung. An Deutschlands Hochschulen waren im Jahr 2003 in den Geisteswissenschaften insgesamt 51.214 Personen beschäftigt, wovon fast die Hälfte als nebenberufliche Lehrbeauftragte, Privatdozenten oder apl. Professoren tätig war[10]. An den Berliner Hochschulen lag der Anteil der Lehrbeauftragten und Privatdozenten am gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Personal in der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften sogar noch höher: Hier war mehr als die Hälfte des gesamten Personals (4.104 Beschäftigte) im Jahr 2005 nebenberuflich tätig. Damit standen an den Berliner Hochschulen 2.479 Lehrbeauftragte, Privatdozenten und apl. Professoren nur 1.625 hauptberuflich Beschäftigte (Professoren, Dozenten, Assistenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben) gegenüber, wovon wiederum nur 1.081 Personen Vollzeitbeschäftigte waren.[11] In den sprach- und kulturwissen-

[5] siehe zum Beispiel: Friebe, Holm/Lobo, Sascha: Wir nennen es Arbeit, München 2006; Morisse, Jörn/Engler, Rasmus: Wovon lebst du eigentlich? München 2007.

[6] Schulze Buschoff, Karin: „Neue Selbständige" und soziale Sicherheit – ein europäischer Vergleich, in: WSI-Mitteilungen 7/2007.

[7] Auszüge aus dem Abschlussbericht der Begleitforschung. Mediafon. Ver.di-Beratungs- und Kooperationsprojekt für Selbständige, 8/2004. www.mediafon.net

[8] Voraussetzung für die Versicherung ist nach Angaben der KSK „die Ausübung einer auf Dauer angelegten selbständigen künstlerischen und/oder publizistischen Tätigkeit in erwerbsmäßigem Umfange". www.kuenstlersozialkasse.de

[9] Die Beratung für Selbständige Mediafon weist darauf hin, dass die freiwillige Arbeitslosenversicherung auf diejenigen zugeschnitten ist, die ummittelbar vor der Beantragung z. B. als Arbeitnehmer pflichtversichert waren. Bedingung für die Aufnahme ist u. a. dass in den zwei Jahren zuvor mindestens zwölf Monate lang Pflichtbeiträge z. B. als Arbeitnehmer zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung gezahlt wurden. Diejenigen, die zuvor beispielsweise mit einem Stipendium promoviert oder habilitiert haben, bleibt der Zugang verwehrt. www.mediafon.net

[10] [10] Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Grund und Strukturdaten (GS) 2005: Tabelle 4.14.9 (Geisteswissenschaften: Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport, Kunst und Kunstwissenschaften)

[11] Stand 1. Dezember 2005: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Statistischer Bericht B III 4-j2005. www.statistik-berlin.de.

schaftlichen Fächern waren also mehr als doppelt so viele Externe tätig wie hauptberufliche Mitarbeiter auf Vollzeitstellen. Betrachtet man die Zahlen für alle Fächergruppen seit 1992[12] zeigt sich, dass das Verhältnis von hauptberuflichem zu nebenberuflichem Personal in Berlin über den Zeitraum in etwa ausgeglichen ist. Im Verhältnis zum Vollzeit-Personal unter den hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigten hat der Anteil der Lehrbeauftragte und Privatdozenten aber deutlich zugenommen, denn die Zahl der hauptberuflich Vollzeit-Beschäftigten ist in diesem Zeitraum kontinuierlich zurückgegangen und hat zwischen 1992 und 2005 fast ein Viertel eingebüßt.

Die nebenberuflichen Professoren, Privatdozenten und Lehrbeauftragten werden als Teil der wachsenden Gruppe der „prekären Intellektuellen“ identifiziert.[13] Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lehrbeauftragten an Berliner Hochschulen genauer unter die Lupe genommen und festgestellt: „Sie haben kein festes Anstellungsverhältnis in der Hochschulinstitution und nicht die gleichen Rechte wie fest angestelltes Lehrpersonal, sondern werden nach erteilten Stunden bezahlt. Sie müssen ihre Kranken- und Alterssicherung selbst organisieren und werden oft erst kurzfristig darüber informiert, ob ihr Lehrangebot fortgeführt wird oder nicht. Ein wachsender Anteil insbesondere junger WissenschaftlerInnen führt Lehraufträge unentgeltlich durch.“[14] Die von der GEW in Auftrag gegebene Umfrage ergab, dass ein Großteil mit einem monatlichen Einkommen nahe der Armutsgrenze in einer finanziell prekären Lage lebt.[15] Gegenüber den hauptberuflichen Mitarbeitern waren sie nicht nur finanziell, sondern auch bezüglich des Zugangs zur Infrastruktur an den Hochschulen benachteiligt.

In Frankreich haben Anne und Marine Rambach mit ihrem Buch „Les intellos précaires“[16] bereits 2001 auf die Lage der „Low-Budget-AkademikerInnen“ hingewiesen und mit ihrem Bestseller-Erfolg eine breite Öffentlichkeit erreicht. In Österreich befasst sich die Interessengemeinschaft Externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen mit „prekären wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen, wie jenen der befristeten Anstellung von AssistentInnen, ProjektmitarbeiterInnen, freien WissenschafterInnen, bis zu den befristeten ProfessorInnen“[17]. Dazu haben sie im Auftrag des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft bereits im März 2000 eine Studie vorgelegt, in der es darum ging, die Auswirkung von gesetzlichen Neuregelungen im Hochschulbereich sowie im Steuer- und Sozialversicherungsrecht auf ihre Klientel und, grundsätzlicher, das „Profil der Externen und Freien“ an den Hochschulen zu beschreiben.[18] Vergleichbar umfassende Studien sucht man in Deutschland bislang vergeblich. Hierzulande hat lediglich die Berichterstattung in der Presse die Lage immer wieder schlaglichtartig erhellt oder aber die „neuen Selbständigen“ haben ihre Situation selbst publik gemacht wie die Privatdozentin Elisabeth Meyer-Renschhausen. Unter dem Stichwort „Discount-Dozenten“ (Financial Times Deutschland 11.05.2007) und „Billigheimer der Wissenschaft“ (Spiegel-Online 8.01.2007) erfuhr seit 2006 auch eine breitere Öffentlichkeit über die Arbeits- und Lebenssituation der Lehrbeauftragten und Privatdozenten an deutschen Universitäten.

[12] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Personal an Hochschulen in Berlin 1992 bis 2005 nach Art des Beschäftigungsverhältnisses. www.statistik-berlin.de

[13] Die Heinrich-Böll-Stiftung widmete diesen „prekarisierten Intellektuellen“ am 6. Februar 2006 eine Veranstaltung mit dem Titel „Lebensrisiko Habilitation? Was wird aus unseren Höchstqualifizierten“.

[14] Innerhalb der GEW gibt es eine Arbeitsgruppe, die die Interessen der Lehrbeauftragten an Berliner Hochschulen vertritt. www.gew-berlin.de/549.htm

[15] Die Armutsgrenze liegt aktuell in Westdeutschland bei 730,20 € und in Ostdeutschland bei 604,80 €.

[16] Rambach, Anne und Marine: Les intellos précaires, Paris 2001.

[17] IG LektorInnen. www.univie.ac.at/IG-LektorInnen/

[18] Endbericht des Forschungsprojekts „Zwischen Autonomie und Ausgrenzung? Zur Bedeutung Externer Lehrer und Freier Wissenschaft an österreichischen Hochschulen“, vorgelegt im März 2000 von der Interessensgemeinschaft Externer LektorInnen und Lektoren und Freier WissenschafterInnen. Institut für Zeitgeschichte, Wien. www.univie.ac.at/IG-LektorInnen/

2. Freischaffende AkademikerInnen: Persönliche Lebenssituationen

Wie sieht die persönliche Lebenssituation von freien ForscherInnen aus? Dieser Frage wurde in den Interviews mit zehn nebenberuflich tätigen Lehrbeauftragten bzw. freischaffenden WissenschaftlerInnen nachgegangen. Unter anderem wurde nachgefragt, wie die Interviewten selbst ihren sozialen Status einschätzen, welche Rolle die Kooperation mit Universitäten und Forschungsinstitutionen spielt, welche Vorteile der Status des Freischaffenden bietet und wie sie Ihre Zukunft als freie ForscherIn sehen? Die Interviews zeigen, dass sie unterschiedliche Handlungsstrategien entwickelt haben mit der Absicht, auf einem noch ungeebneten Weg ihr berufliches Ziel zu erreichen, nämlich sich der Forschung und der Vermittlung von Forschung zu widmen. Dabei haben sie eine unterschiedlich starke Identität als freie WissenschafterInnen herausgebildet. Drei Typen von Strategien lassen sich unterscheiden:

- Die Sandwich-AkademikerInnen: zweigleisig arbeitende WissenschaftlerInnen, aufgerieben zwischen Forschung und Broterwerb

- Im Schatten der Alma Mater: unfreiwillig freischaffende WissenschaftlerInnen

- Etabliert am Markt: autonom freischaffende WissenschafterInnen

Die Sandwich-AkademikerInnen

Beim Typ der zweigleisig Selbstständigen gehen die WissenschaftlerInnen neben Forschung und Lehre einer verwandten Tätigkeit nach, die den ‚Broterwerb' sichert. Bei LiteraturwissenschaftlerInnen kann das Autorenbetreuung oder Lektorat sein, andere verfolgen nebenher eine journalistische Laufbahn, wieder andere sind als TrainerInnen tätig. Ihr berufliches Selbstverständnis ist aber nach wie vor das der WissenschaftlerIn. In ihrem ‚Zweitberuf' sind sie teilweise Mitglied in einer Interessenvertretung. Häufig lehnen sie dies jedoch ab mit der Begründung, dass dort ihre Interessen als freischaffende WissenschaftlerIn nicht vertreten werden. Die Konstellation der Zweigleisigkeit bietet den Vorteil, dass die Tätigkeit mit dem wissenschaftlichen Beruf verwandt ist und darüber hinaus, beispielsweise im Fall der „nebenberuflichen" journalistischen Tätigkeit, die Möglichkeit besteht, Mitglied in der Künstlersozialkasse zu werden und damit in den Genuss einer Kranken- und Rentenversicherung zu kommen. An dem Begriff „nebenberuflich" zeigt sich jedoch in welcher Zwickmühle die betroffenen WissenschaftlerInnen stecken: Was eigentlich Nebenberuf ist, muss für den Eintritt in die KSK zum Hauptberuf werden. „Ich habe meine Unterlagen so eingereicht, dass es passt. Die Künstlersozialkasse ist für die Zukunft aber nicht sicher, z. B. wenn andere Tätigkeiten überwiegen und nicht mehr das Lektorat und die Übersetzung, dann passt das natürlich nicht mehr." (Interview 5)

Die zweigleisig agierenden WissenschaftlerInnen beziehen die akademische Anerkennung für ihre wissenschaftliche Arbeit in der Hauptsache über das universitäre System. Sie sind daher auf gute Beziehungen zu den Universitätsinstituten angewiesen. Die Kontakte gehen in der Regel auf länger zurückliegende Promotions- oder Angestelltenzeiten zurück. Um den Kontakt zur Universität nicht aufs Spiel zu setzen, investieren sie viel: Das beinhaltet nicht nur die Beziehungspflege, die jeder Selbständige als selbstverständlichen Teil seiner Akquisetätigkeit versteht, diese Art der Kontaktpflege fordert die Akzeptanz minder bezahlter Lehraufträge, kurzfristiger Anstellungsverträge (wie z. B. eine achtmonatige 2/3 Stelle) oder die Bezahlung aus der ‚Portokasse' für Projektmitarbeit. Aus der Notwendigkeit heraus, den Zugang zum universitären System offen zu halten, sehen sie sich zu diesem Verhalten gezwungen, einerseits in der Hoffnung, dass vielleicht doch irgendwann ein Anstellungsvertrag winkt, andererseits aus wissenschaftlich-existenziellen Gründen,. Denn bei Einladungen zu Konferenzen ist der „Stempel des Universitätsinstituts" ebenso wichtig, wie bei der Beantragung von Reise- oder anderen Stipendien. Auf der Liste der Konferenzteilnehmer oder –vortragenden nur mit dem eigenem Namen

und Wohnort vermerkt zu sein, wird wie ein Stigma empfunden, erst die Zugehörigkeit zur Alma Mater („nährende Mutter“) schafft für sie nach außen die Identität als WissenschaftlerIn. Die Anerkennung durch das akademische System ist für sie Vorraussetzung, um potenziell die Möglichkeit zur Veröffentlichung von Beiträgen in anerkannten Fachzeitschriften zu haben.

Über eines sind sich die zweigleisig arbeitenden WissenschaftlerInnen im Klaren: Auf Dauer ist die Zweigleisigkeit nicht aufrechtzuerhalten. Entweder droht die Verarmung, weil zu viel Zeit in das akademische Anerkennungssystem investiert wurde (Pflege der Beziehungen, unentgeltliche wissenschaftlicher Beiträge in Fachzeitschriften, unentgeltliche Vorträge und un- oder unterbezahlte Lehraufträge). Wenn sie andererseits aber zu wenig investieren, droht der Verlust der akademischen Anerkennung und damit ein Legitimationsproblem. Ein promovierter Philosoph und Journalist, der nicht den Schutz der Alma Mater genießt, beschreibt die Lage so: „Man ist ein ‚freilaufender Hund’ und immer mit der Frage konfrontiert, wer man ist und wo man herkommt. Man muss sich eigentlich immer rechtfertigen, dass man diese Arbeit macht oder machen kann, ohne eine Stelle zu haben.“ (Interview 7) Wenn aber andererseits zu wenig Arbeitskraft in das zweite Standbein investiert wird, drohen Auftraggeber verloren zu gehen (auch diese Beziehungen wollen ‚gepflegt’ sein) und damit die Perspektive, dass dieser Erwerbszweig den Lebensunterhalt und möglicherweise sogar die soziale Absicherung finanziert und damit die Forschungsarbeit ‚subventioniert’. Mit anderen Worten: Irgendwann ist eine Entscheidung für die eine oder die andere Laufbahn unausweichlich.

Im Schatten der Alma Mater

Weit stärker betroffen von sozialer Unsicherheit als die zweigleisig agierenden WissenschaftlerInnen ist die Gruppe derjenigen, die dem Typ der „unfreiwillig Freischaffenden“ zuordnen sind. In der Regel haben sie ihre Promotion oder aber ihr Arbeitsverhältnis an der Universität gerade beendet und sind sich noch nicht im Klaren darüber, wie die Zukunft als WissenschaftlerInnen aussehen könnte. Sie stehen, insbesondere nach längeren, wenn auch immer wieder unterbrochenen Angestelltenzeiten der Universität in einem noch weitgehenderen Abhängigkeitsverhältnis gegenüber als der ‚zweigleisig fahrende’ Typ. Sie befinden sich ‚zwischen allen Stühlen’: „Die Publikationsliste, die ich in der Akademia brauche, kann ich nur dadurch zusammenbringen, dass ich diese Anstellungen hatte. Meine Einnahmen aus der ‚freien’ wissenschaftlichen Arbeit, das sind alles Kleinigkeiten, davon kann ich nicht leben. Wenn ich davon leben wollte, hätte ich keine Zeit mehr Bücher oder Zeitschriftenartikel zu schreiben.“ (Interview 8)

Gleichzeitig bietet ihnen das universitäre System nach dem Auslaufen eines Arbeitsvertrages keine Perspektive mehr und sie betrachten die freiberufliche Perspektive eher als Notlösung: „Eine ganz klare Vorstellung, wo es hingehen soll, habe ich nicht. Ich hatte Angebote und so bot es sich an, aus der Arbeitslosigkeit die Selbständigkeit auszuprobieren. Bis dahin hatte ich mir eigentlich immer vorgestellt, dass ich mit einer festen Anstellung an eine Universität gehe. Ob ich selbständig bleiben möchte, weiß ich nicht, ich bewerbe mich noch bis Ende 2008, danach ist das ohne weitere Qualifikationen nicht mehr realistisch, dann bin ich zu alt ohne weitere Qualifikation wie Habilitation. Gerade habe ich erfahren, dass ich mich gar nicht mehr auf eine Juniorprofessur bewerben kann, da der Studienabschluss nicht länger als sechs Jahre zurückliegen darf (inkl. Promotion und Beschäftigungszeiten). Das macht das Feld noch kleiner. Im Laufe des nächsten Jahres gibt es vielleicht zwei oder drei solche Stellen, die Chancen sind nicht so groß. Und so viele Publikationen kann ich als Selbständiger nicht schaffen, und so werde ich immer älter und qualifiziere mich im akademischen Sinne nicht weiter.“ (Interview 5)

Die Perspektiven für eine Karriere innerhalb des universitären Systems sehen diese freischaffenden ForscherInnen mit zunehmendem Alter erheblich schrumpfen. Damit steigt auch ihre soziale Unsicherheit in beträchtlichem Maße. Ein promovierter Philosoph, der sich nach einer längeren Anstellungszeit im An-

schluss an Promotion und Graduiertenkolleg im Moment noch mit Arbeitslosengeld ‚über Wasser' hält, beschreibt die Perspektive, die ihm das akademische System bietet so: „Ein Promotionsstipendium zu bekommen, dann vielleicht noch eine Postdoc-Stelle ist kein großes Problem, aber was kommt danach? Es gibt kein Antragsformat mehr für jemanden, der ein paar Jahre von der Dissertation weg ist, die 30 überschritten und keine Professur hat. Zudem zählen Namen. Ohne persönliche Beziehungen ist es sehr schwer. Man braucht dieses symbolische Kapital". (Interview 8)

Etabliert am Markt: autonom freischaffende WissenschaftlerInnen

Außerhalb des universitären Systems und weitgehend abgekoppelt vom akademischen Fördersystem haben sich dagegen die autonom freischaffenden WissenschaftlerInnen etabliert. Sie haben bereits während des Studiums und der Promotion als FreiberuflerInnen gearbeitet. Mit dieser Erfahrung im Rücken haben sie nicht nur ein starkes Selbstbewusstsein als freie WissenschafterInnen entwickelt, es ist ihnen darüber hinaus gelungen, einen Markt für ihre wissenschaftlichen Leistungen zu erschließen. Auch wenn es sich zumeist nicht um rein wissenschaftliche Arbeit handelt, überwiegt der Forschungsanteil bei weitem, eine der InterviewpartnerInnen schätzte ihn auf 70 – 80 %. Bei der Etablierung am Markt könnte ihnen zu Hilfe gekommen sein, dass das wissenschaftliche Gebiet, das sie besetzen zum Beispiel aus politischen Gründen aktuell stark nachgefragt wird; oder aber sie waren aufgrund finanzieller Ressourcen in der Lage Einkommensausfälle so lange zu kompensieren bis sich auf ihrem wissenschaftlichen Spezialgebiet eine Nachfrage entwickelt hatte.

Mit ihrem unabhängigen und selbstbewussten Auftritt als ExpertInnen haben sie sich aus der Abhängigkeit befreit, die das akademische System der Anerkennung den WissenschaftlerInnen in der Regel abverlangt. Sie erfahren Anerkennung in erste Linie durch ihre Auftraggeber. Das heißt aber nicht, dass sie keinen Wert auf Anerkennung durch das akademische System legen. Eine Kooperation mit Universitäten und der Welt der Akademia spielt jedoch eine untergeordnete Rolle und ist für sie nur schwer zu realisieren, auch weil der eher praxisorientierte Zugang zur Forschung von der institutionellen Forschung häufig abgelehnt wird. Demgegenüber gewinnen informelle private und berufliche Netzwerke an Bedeutung. In dieser Kooperationsbeziehung spielt die institutionelle Zugehörigkeit keine Rolle: „Zweimal im Jahr organisieren wir Seminare, da ist es egal, wo jemand herkommt. Ich erlebe dort und insbesondere in den Frauennetzwerken nicht nur inhaltliche, sondern auch persönliche Unterstützung, die nicht immer darauf ausgerichtet ist, dass man etwas zurückgibt." (Interview 6)

In ihrer Rolle als externe ExpertInnen sind sie in der Lage im universitären System für Lehraufträge Honorare zu erzielen, die sie als angemessen empfinden. Allerdings gilt das meist nur für solche Lehrveranstaltungen, die in den Bereich Berufsvorbereitung fallen und nicht die klassische Lehre betreffen. Mit der Motivation als Lehrbeauftragte zu arbeiten verhält es sich nicht anders als bei den beiden oben beschriebenen Typen, sie ist ausschließlich ideeller Art: „Das mache ich nur für den Lebenslauf und weil ich gerne weitergeben möchte, wie praktische Arbeit funktioniert. Es gibt Einzelne an der Uni, die das auch honorieren." (Interview 4) Auch in anderen Bereichen akademischer Anerkennung gelten für diese freien ForscherInnen die gleichen Bedingungen wie sie bisher beschrieben wurden. Allerdings haben sie ein ausgewogenes Verhältnis von Aufwand und Nutzen im Blick: „Veröffentlichungen im wissenschaftlichen Bereich, um den Transfer von der Praxis in die Wissenschaft zu leisten, das sind für mich unbezahlte Nachtschichten. Das ist aber mein Profil, dass meine Arbeit wissenschaftlich fundiert ist." (Interview 4) Während bei den freien WissenschaftlerInnen mit einer mehr oder minder engen Anbindung an die Universität der Nutzen in der Erarbeitung einer akademischen Reputation besteht, dient diese unentgeltliche Arbeit für autonom arbeitende WissenschaftlerInnen allein ihrer beruflichen Reputation: „Ich kann diese Veröffentlichungen für meine akademische Laufbahn nicht verwerten, denn

Auftragsstudien werden in akademischen Kreisen nicht hochgeschätzt. Es gibt eine Wissenshierarchie im akademischen Raum, wo Praxiswissen minder bewertet wird.“ (Interview 4)

Insgesamt erzielen diese WissenschaftlerInnen durch ihr Auftreten am Markt Einkommen, die hoch genug sind, um den Lebensunterhalt zu finanzieren und sich darüber hinaus sozial abzusichern. Sie sind damit nicht mehr auf Hilfskonstruktion wie die „Zweigleisigkeit“ zur Subventionierung ihrer Forschungsarbeit angewiesen. Die freischaffende Forschungstätigkeit ist für sie keine Notlösung, sondern eine bewusste Entscheidung. Freiberuflichkeit wird als eine echte und lohnenswerte Alternative zum Anstellungsverhältnis gesehen: „Ehrlich gesagt, solange die Geschäfte laufen, kann ich mir eine Professur gar nicht vorstellen. Das wäre eine tolle Position und Einkommen. Aber im Moment mache ich 100 % das, was ich am besten kann, was mir am meisten Spaß macht und ich am sinnvollsten finde. Im Moment werde ich dafür bezahlt, wie es sich gehört. Wie lange das noch so geht das weiß ich natürlich nicht. Aber ich verbessere meine Bedingungen von Produkt zu Produkt.“ (Interview 9)

3. Modellanalyse freier Berufsbilder: KünstlerInnen, AutorInnen, ArchitektInnen

Die Interviews machen deutlich, dass die Situation freischaffender AkademikerInnen zwar oft prekär ist, aber durchaus erstrebenswert sein kann. Die Verwirklichung von Forschungszielen wie auch -stilen ist hierbei eine wichtige Motivation und es zeigt sich, dass geisteswissenschaftliche Forschung als kreative Tätigkeit verstanden wird. Von daher erfüllt Forschung die Definitionsvoraussetzungen freier Berufe: „Die Freien Berufe haben im allgemeinen auf der Grundlage besonderer beruflicher Qualifikation oder schöpferischer Begabung die persönliche, eigenverantwortliche und fachlich unabhängige Erbringung von Dienstleistungen höherer Art im Interesse der Auftraggeber und der Allgemeinheit zum Inhalt.“ (§1 Abs. 2S. 1 PartGG) Unter den Katalogberufen ähnlichen Berufen sind bereits Erfinder, Lehrer/Dozenten, Marktforscher, Sachverständige und Wissenschaftler angeführt, die allgemeine (geisteswissenschaftliche) Tätigkeit der freien Forschung fehlt jedoch bislang. Bevor unter Punkt 5 ein Szenario zum (Berufs-)bild „Freie ForscherIn“ entwickelt wird, erscheint es jedoch wichtig, die infrastrukturelle wie organisationelle Etablierung bereits existierender freier Berufe zu analysieren. Dabei steht die Identitätsbildung als Gemeinschaft im Zentrum, denn ein entscheidender Nachteil Freischaffender ist ihre Vereinzelung.

KünstlerInnen

Zeitgenössische KünstlerInnen stehen im Rampenlicht der Öffentlichkeit, insofern sie in spektakulären Ausstellungen präsentiert werden. Doch das Gros der KünstlerInnen wird kaum wahrgenommen. Daher lautet das Motto des Berufsverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK), „Mehr Solidarität zum gemeinsamen Handeln“, und charakterisiert damit die typische Motivation des Zusammenschlusses in einer Verbandsstruktur.[19] 1971 auf dem Frankfurter Künstlerkongress als Bundesverband aus der Konföderation der einzelnen Landesverbände hervorgegangen, repräsentiert der BBK mit nahezu zehntausend Mitgliedern in den einzelnen Landesverbänden fast ein Fünftel der über die Künstlersozialversicherung abgesicherten Bildenden KünstlerInnen. Vernetzungs- und Infrastrukturleistungen sowie die Interessensvertretung und Kulturpolitik stehen auf der Agenda des BBK. Die Deutsche Künstlerhilfe, aber vor allem die 1983 geschaffene Kranken- und Rentenversicherung der Künstlersozialkasse sind Meilensteine der erfolgreichen Verbandspolitik.

[19] BBK: 9.900 Mitglieder insgesamt (www.bbk-bundesverband.de). KSV: 56.358 Bildende Künstler als Mitglieder (www.kuenstlersozial kasse.de).

Die Sichtbarkeit und Wirkmächtigkeit Bildender Kunst im gesellschaftlichen Verständnis hat vor allem drei ‚Institutionen' geschaffen, die neben der Verbandsstruktur im vorliegenden Zusammenhang beachtenswert sind. Dies ist zum einen der Schutz der Urheberrechte durch die Verwertungsgesellschaft VG BILD-KUNST, zum anderen die soziale Absicherung über die Künstlersozialkasse (KSK) sowie die zumeist städtisch organisierte Infrastruktur von Atelierräumlichkeiten.[20]

Die VG BILD-KUNST ist „ein von den Urhebern gegründeter Verein (Künstler, Fotografen und Filmurheber) zur Wahrnehmung ihrer Rechte."[21] Dabei dient die Verwertungsgesellschaft nicht nur dem Inkasso und der Verteilung von pauschalen Urheberrechtsabgaben, der Lizenzierung und Durchsetzung von individuellen Rechten und der politischen und rechtlichen Stärkung des urheberrechtlichen Schutzes, sondern erfüllt mit dem Kulturwerk einen kulturellen Auftrag.[22] Die nach Berufsgruppen aufgeteilten Einnahmen werden an diese durch Projektstipendien und Förderung weitergereicht. Für die Berufsgruppe I (Bildende Kunst) werden die Mittel an die Stiftung Kunstfonds überwiesen. Diese unterstützt jährlich „rund 70 Künstlerinnen und Künstler, Galerien, Kunstvereine, Museen, freie Kuratoren und Verlage mit bis zu 1,1 Millionen Euro insgesamt … durch Stipendien, Projekt- und Ausstellungsförderungen oder Publikationszuschüsse."[23]

„Die KSK Künstlersozialkasse, eine Abteilung der Unfallkasse des Bundes, führt das Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) durch."[24] Dieses Gesetz trat am 27. Juli 1981 mit folgendem Ziel in Kraft: „Selbständige Künstler und Publizisten werden in der allgemeinen Rentenversicherung, in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der sozialen Pflegeversicherung versichert, wenn sie 1. die künstlerische oder publizistische Tätigkeit erwerbsmäßig und nicht nur vorübergehend ausüben und 2. im Zusammenhang mit der künstlerischen oder publizistischen Tätigkeit nicht mehr als einen Arbeitnehmer beschäftigen ..." (§1 Abs. 1 KSVG).[25] Das Besondere dieser sozialen Absicherung ist, dass Mitglieder, ähnlich Arbeitnehmern, nur die Hälfte der Versicherungsbeiträge zahlen, während die andere Beitragshälfte von der Künstlersozialkasse durch Abgaben von Unternehmen sowie aus Mitteln des Bundes getragen wird. Der Zuschuss des Bundes beträgt aktuell rund 20 % der Versicherungsbeiträge (2006: 105,15 Mio. €). Üblicherweise müssen Selbständige und Freiberufler die vollen Kosten der sozialen Absicherung selbst tragen. Mit der Einführung des KSVG sollte eine Lücke im Sozialversicherungssystem geschlossen werden. Dem Gesetzentwurf ging 1974 eine Studie der Enquetekommission zur sozialen, beruflichen und wirtschaftlichen Lage der Künstler und Publizisten voraus.[26]

Die zumeist städtisch organisierte Infrastruktur von Atelierräumlichkeiten stellt eine weitere Besonderheit des Kulturbereiches dar. KünstlerInnen wird Atelierraum auf Zeit zur Verfügung gestellt. Beispielsweise veröffentlicht das Atelierbüro des BBK Berlin alle zwei Monate Informationen über Ateliers aus dem Atelieranmietprogramm und Atelierwohnungen aus den Wohnungsbauförderprogrammen des Landes Berlin. Dieser Umstand ist dem politischen Engagement der KünstlerInnen ge-

[20] Zur Verbandsstruktur zählen ferner: Deutscher Kulturrat als Spitzenverband mit 210 Bundeskulturverbänden wie dem Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung, Kunstrat, etc. Die Künstlerverbände sind auch international aktiv, um berufliche Interessen und den Austausch Bildender Künstlerinnen und Künstler zu organisieren. Die vom BBK, dem Deutschen Künstlerbund und der GEDOK getragene Internationale Gesellschaft (IGBK) der Bildenden Künste ist Gründungsmitglied des interdisziplinären European Council of Artists (ECA) sowie der International Association of Art Europe (IAA).

[21] Kurzprofil: VG BILD-KUNST www.bildkunst.de

[22] Die VG BILD-KUNST verfolgt mit dem Sozialwerk auch soziale Aufgaben: „Die Stiftung Sozialwerk der VG BILD-KUNST gewährt - im Rahmen ihrer Möglichkeiten - Bildenden Künstlern, Fotografen, Designern und Filmschaffenden Unterstützungen in Notlagen, bei Erwerbs- und Berufsunfähigkeit und im Alter." Sozialwerk VG Bild-Kunst.www.bildkunst.de

[23] Kulturfonds www.kunstfonds.de/stiftungsidee.html

[24] Wir über uns: KSK www.kuenstlersozialkasse.de

[25] „Künstler im Sinne dieses Gesetzes ist, wer Musik, darstellende oder bildende Kunst schafft, ausübt oder lehrt. Publizist im Sinne dieses Gesetzes ist, wer als Schriftsteller, Journalist oder in anderer Weise publizistisch tätig ist oder Publizistik lehrt." (§2 Abs.1 KSVG).

[26] Fohrbeck, Karla/Wiesand, Andreas Johannes: Der Künstler-Report, Musikschaffende, Darsteller/ Realisatoren, Bildende Künstler/Designer, München-Wien 1975.

schuldet: „Über Museumsbesetzungen der Künstler und dadurch erzeugten öffentlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen wurde erreicht, dass die vom bbk berlin konzipierte Atelierförderung vom Land Berlin seit 1993 finanziert wird.“[27] Dabei handelt es sich in Berlin um rund 700 im Mietpreis begünstigte Ateliers und Atelierwohnungen.

Neben dem Produkt künstlerischen Schaffens, das über den Kunstmarkt oder durch Museumsankäufe gehandelt wird, steht ihnen eine Vielzahl von Stipendien, Wettbewerben und Förderungen offen. Für das Jahr 2006 beispielsweise belief sich der Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf 280 Mio. €, vor allem zur Unterstützung kultureller Einrichtungen und Festivals. Rund 11 Mio. € flossen über den Hauptstadt Kulturfonds direkt an KünstlerInnen. Im Unterschied zu ForscherInnen, können sich Kulturschaffende als Individualpersonen um Gelder bemühen. Bei den Auswahlverfahren spielen die künstlerische Ausbildung und Qualität die entscheidende Rolle. In der Regel bieten die Websites der Verbände einen guten Überblick über aktuelle Ausschreibungen und weitere Infrastrukturangebote wie Werkstätten, Beratungsleistungen oder Ausstellungen.

AutorInnnen

AutorInnen können auf ähnliche Strukturen der Organisation wie KünstlerInnen zurückgreifen. Der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) beispielsweise vertritt rund 4.000 AutorInnen und ÜbersetzerInnen. „Bis weit in die sechziger Jahre hinein prägte der ‚arme Poet’ das Literatenbild in der Öffentlichkeit: Kunst ist Berufung. Kunst fragt nicht nach Geld. Und schon gar nicht nach Rente. Eventuelle Zweifel räumten die Tantiemen weniger Bestsellerautoren aus, die die Boulevardpresse andächtig nachzählte. Erst mit der Gründung des VS begann sich das öffentliche Verständnis zu wandeln. Seither konnten mit Unterstützung der Gewerkschaft (IG Medien, ver.di) einige entscheidende Verbesserungen für die soziale Lage der Autorinnen und Autoren durchgesetzt werden: Der VS trug maßgeblich zum Zustandekommen des Künstlersozialversicherungsgesetzes bei, das die gesetzliche Sozialversicherung für KünstlerInnen und PublizistInnen öffnete. Die Verlage zahlen dabei einen ‚Arbeitgeberanteil’ zur Kranken- und Rentenversicherung ihrer Autoren.“[28]

Weitere Erfolge des VS sind die Beteiligung an der Gründung des Deutschen Literaturfonds, der wichtigsten Institution zur Vergabe von Literatur-Stipendien und –Projektmitteln, der Verwertungsgesellschaft VG Wort zum Schutze der Urheberrechte von AutorInnen sowie an dem Abschluss von Normverträgen mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels.[29] Die Förderung wie auch die Verwertung von Urheberrechten gestaltet sich ähnlich dem Bereich der Bildenden Kunst. AutorInnen eröffnet sich jedoch ein etwas anders gestalteter Markt als KünstlerInnen, von daher sind Normverträge eine wichtiger Beitrag zur Markttransparenz. Die vom VS 1998 gestalteten Normverträge wurden 2005 mit gemeinsamen Vergütungsregeln, die zwischen ver.di und einigen Verlagen abgeschlossen wurden, ergänzt und regeln das Honorar für verschiedene Verwertungsformen.[30]

ArchitektInnen

Die Situation von ArchitektInnen gestaltet sich etwas anders als die der KünstlerInnen und AutorInnen. ArchitektInnen sind ebenfalls in Verbänden organisiert, seit 1903 im Bund Deutscher Architekten (BDA) mit rund 5.000 Mitgliedern oder seit 1952 im Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Bauingenieure (BDB) mit gut 25.000 Mitgliedern[31]. Darüber hinaus sind ArchitektInnen über Kammern in berufsständischen Vertretungen organisiert. Die Architekturkammer Berlin beispielsweise repräsentiert als Körperschaft des öffentlichen

[27] BBK Berlin www.bbk-berlin.de/cms/site/cat29.html

[28] VS Verband Deutscher Schriftsteller www.verband-deutscher-schriftsteller.de

[29] Ratgeber Freie Kunst und Medien, der über Honorarverträge informiert. www.ratgeber-freie.de

[30] media fon – Gewerkschaftlicher Service für Solo-Selbstständige von ver.di. www.mediafon.net/empfehlungen_vertraege.php3

[31] BDA www.bda-architekten.de; BDB www.baumeister-online.de

Rechts allein über 7.000 ArchitektInnen, InnenarchitektInnen, Landschafts- und StadtplanerInnen.[32] Damit verfügen ArchitektInnen über eine Honorarverordnung[33] und ein Versorgungswerk für Leistungen im Fall der Berufsunfähigkeit, des Todes und im Alter.[34] Kammermitglieder sind verpflichtet, sich über dieses Versorgungswerk zu versichern. Sie sind damit von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit.

Obwohl Star-Architekten große Gewinne erwirtschaften und die Bauwirtschaft vielen Architekten Arbeit verschafft, ist die Situation vor allem für den Nachwuchs ähnlich prekär wie für GeisteswissenschaftlerInnen. „Hochschulabsolventen haben es heute schwer, nach ihrem Studium einen angemessenen Einstieg ins Berufsleben zu finden. Wer als junger Architekt nicht ins Ausland geht, wird nicht selten mit dem ‚System Praktikum' konfrontiert, minderbezahlten, temporären Jobangeboten zweifelhafter Seriosität. Angebote, für 300 bis 600 € pro Monat in einem Architekturbüro zu arbeiten, sind mittlerweile keine Ausnahme mehr, ja manche international bekannten Starbüros verlangen heute von Jungarchitekten sogar eine ‚Gebühr' für die Ehre, dort zu arbeiten und späterhin einen berühmten Namen in seinen Lebenslauf aufnehmen zu können. So mancher Jungarchitekt sieht sich angesichts einer schlechten Arbeitsmarktsituation gezwungen, solche Angebote anzunehmen und dabei Gefahr zu laufen, ein Praktikum ans andere zu reihen, ohne wirkliche Aussicht auf eine feste Anstellung adäquater Bezahlung. Nur zögerlich nehmen bislang Berufsverbände und Politik den unzumutbaren Missbrauch von Jungakademikern wahr, was den ‚Entwurf' veranlasste, sich mit einer Umfrage an sie zu wenden, wie sie die derzeitige Situation beurteilen".[35] Erschwerend kommt hinzu, dass einige Architektenkammern aufgrund der Bachelor-Hochschulreform ein mehrjähriges Praktikum für AbsolventInnen zur Bedingung für die Aufnahme erklärt haben.

Ein interessanter Aspekt des Tätigkeitsfeldes von ArchitektInnen ist ihre Arbeitsorganisation in Form kreativer Teams und Büros. Aufgrund der Frustration, gerade junger Architekten, kaum an Aufträge gelangen zu können, hat sich in den letzten Jahren eine Off-Architekturszene entwickelt, die sich mit künstlerisch-kulturellen, aber auch politischen Projekten beschäftigt. „Off-Architektur bezeichnet eine neue Art von Architekten-Szene. Von Hamburg bis Leipzig, von Köln bis Berlin gilt: Büro ist nicht mehr Büro. Büro ist Ausstellungsraum, Diskussionsplattform, Bar. Bislang bilden sich diese Szenen außerhalb institutionalisierter Strukturen: im Off. Dabei aber bilden sie die potentiellen Voraussetzungen eines neuen Diskurses."[36] In dem Artikel „Gelebte Interdisziplinarität – Fähigkeiten in Zeiten des Umbruchs" thematisieren Antje Havemann und Margit Schild wie sich auch bei den ArchitektInnen die Arbeitssituation verändert hat, wie soziale Risiken in den letzten individualisiert und enorme Flexibilität Jahren gefordert werden. „Der erste Schritt – das ist eine banale aber nicht zu vernachlässigende Feststellung – besteht darin, die geschilderte Situation tatsächlich zur Kenntnis zu nehmen. In den Fachzeitschriften der Architektur und Landschaftsarchitektur ist eine Debatte bezüglich des Umgangs mit dieser gesellschaftlich erzwungenen Lage nicht zu finden. Das daraus resultierende Berufs- und Ausbildungsverständnis wird nicht diskutiert. Wenn das Phänomen zur Kenntnis genommen wird, kursiert es unter dem Begriff der ‚Szene'."[37]

In zwei Ausgaben der Fachzeitschrift ARCH+ zu Off-Architektur analysierte Christopher Dell

[32] Architekturkammer Berlin www.ak-berlin.de

[33] „Entgegen Gerüchten, die HOAI sei nicht mehr gültig, handelt es sich bei der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) nach wie vor um eine verbindliche, auf Grundlage eines Gesetzes erlassene Honorarverordnung der Bundesregierung. Architekten sind zur Einhaltung der HOAI-Bestimmungen verpflichtet. Die Nichteinhaltung der HOAI bedeutet einen Verstoß gegen geltendes Recht und gegen die Berufsordnung der Architekten." Architekturkammer Berlin: Recht: Hinweise zum Abschluss fairer Architektenverträge www.ak-berlin.de

[34] Architektenkammer Berlin: Versorgungswerk www.architektenversorgung-berlin.de

[35] Claus Käpplinge: Junge Architekten: Arbeitsverhältnis Praktikum 2/4, in: DBZ online www.baunetz.de

[36] Ankündigungstext ARCH+ 166 Off Architektur 1. www.archplus.net

[37] Havemann, Antje/Schild, Margit: Gelebte Interdisziplinarität – Fähigkeiten in Zeiten des Umbruchs, in: Stadt und Grün, Heft 1/Januar 2006, 9-12: 10.

die Situation junger Architekten. „Im Unsichtbaren würden bereits Konzepte praktiziert, die als Reaktion auf die herrschende Lage zu werten sind: Er führt das Beispiel der büroartigen Zusammenschlüsse mehrerer Kreativer an, die sich um Gelder bemühen und eingeworbene Projekte zusammen bearbeiten, ansonsten aber getrennt anderen Erwerbsmöglichkeiten nachgehen. … Welche Fertigkeiten sind in Zeiten des Umbruchs zu vermitteln, um, so Dell, dem permanenten Wandel strategisch zu begegnen? Welchen beruflichen (oder nicht beruflichen) Perspektiven sollen diese Fertigkeiten dienlich sein? Sind sie auf das Streben nach Vollzeitbeschäftigung fokussiert? Bereiten sie den Auslandsaufenthalt oder den Ausstieg vor? Sollen sie auf ein gutes Planen und Gestalten der Arbeitslosigkeit vorbereiten? Oder sollen sie beides leisten: auf eine gute Berufsausübung vorbereiten UND auf einen eleganten Umgang mit schwierigen Zeiten?“[38]

Zwischenfazit Freie Berufe

Die Situation der jungen ArchitektenInnen wie auch die Fragen, denen sie sich stellen müssen, decken sich mit der Situation (junger) GeisteswissenschaftlerInnen. Als ein vorläufiges Fazit der Analyse dieser drei freien Berufe zeichnen sich zwei mögliche Wege der Etablierung eines (Berufs-)bildes „Freie ForscherIn“ ab: Der traditionelle Weg über Verbandsgründung und kollektive Interessensvertretung bis hin zur berufsständischen Organisation, aber auch der individuelle Weg in Form einer vernetzten „Szene“ an der Peripherie zwischen Geisteswissenschaften und Gestaltungsöffentlichkeit. Beide Wege schließen sich nicht aus, sonder markieren das vielfältige Spektrum geisteswissenschaftlicher, freier und kreativer Forschungsarbeit. Ähnlich der Architektur mit ihrem Kammerwesen einerseits und der Off-Architekturszene andererseits bieten sich den GeisteswissenschaftlerInnen am Umbruch zur Wissensgesellschaften neue Mitgestaltungsmöglichkeiten. Dabei geht es, um noch einmal Anleihen bei den Off-Architekten zu nehmen, um „eine neue Art von Architekten-Netzwerk in Deutschland. Junge Architekten organisieren sich in Gruppen, um selbstgestellte Themen zu bearbeiten. Zeitschriften werden veröffentlicht, Jugendgruppen koordiniert, es entstehen Medienfassaden und demontierbare Häuser, Zwischennutzungen und Planungsprozesse. Mit diesem Drang zum kommunikativen Handeln kann Architektur wieder allgemeinverständlich werden.“[39]

[38] Havemann/Schild 2006: 11.

[39] Ankündigungstext ARCH+ 167 Off Architektur 2. www.archplus.net

4. Die Rolle der Geisteswissenschaften in der Wissensgesellschaft

Gerade dieser „Drang zum kommunikativen Handeln“ kann sowohl für die universitär organisierten Geisteswissenschaften wie auch für freie, geisteswissenschaftliche Forschungsarbeit eine enorme Bereicherung darstellen. Außeruniversitäre Diskursforen fungieren aufgrund ihrer flexibeln und offenen Strukturen, Forschungsstile und -themen als soziokulturelle Seismographen gesellschaftlicher Veränderungen. Welche Rolle können sie für die Initialisierung eines neuen Modells geisteswissenschaftlichen Forschens spielen, das in der dialogischen Erschließung jener Felder der Gesellschaft liegt, in welchen die aktuellen Verwerfungen sichtbar und spürbar werden? Welche Rückkopplungen mit dem akademischen System sind denkbar? In der sich formierenden Wissensgesellschaft liegen gerade hier neue Potenziale geisteswissenschaftlicher Forschung. Wie aber kann das Wissenschaftssystem auf dieses Potenzial reagieren und welche Rolle können die „Freien ForscherInnen“ dabei spielen?

Akademische Situation

Die Situation der Geisteswissenschaften zeichnet sich - laut der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Lage der Geisteswissenschaften in Deutschland[40] - durch eine gute akademische Struktur und Qualifikation der Forschung aus. Doch der „Leistungskraft und institutionellen Stabilität der Geisteswissenschaften stehen die unübersehbaren Defizite gegenüber. Sie liegen vor allem in der Lehre und den oft unzumutbaren Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Während die Gesamtzahl der Studierenden zwischen 1995 und 2003 kaum zugenommen hat, ist die Zahl der Studierenden in den Geisteswissenschaften seit 1995 um etwa 50 Prozent gestiegen. Dabei blieb die Zahl der Professoren gleich, die der Dozenten insgesamt nahm sogar ab. Unverantwortliche Betreuungsrelationen von durchschnittlich fast 100 Studierenden pro Professor und inakzeptable Abbrecherquoten (2002 im Durchschnitt 45 Prozent in den Geisteswissenschaften bei 26 Prozent in allen Fächern) sind die Folge - auch steigende Wartezeiten auf eine beruflich adäquate Position nach dem Examen, die derzeit schon bei im Durchschnitt über fünf Jahren liegen.“[41]

Im Jahr 2003 waren 26.918 Personen hauptberuflich an den Hochschulen in den Geisteswissenschaften tätig, darunter 9.076 ProfessorInnen.[42] Zur universitären Forschungslandschaft addieren sich 75 außeruniversitäre Institute. Der Wissenschaftsrat stellt dazu fest: „Aus der Sicht des Auslands verfügen die Geisteswissenschaften in Deutschland über eine außerordentlich vielgestaltige und produktive Forschungslandschaft von hoher Kontinuität und mit großen personellen und materiellen Ressourcen.“[43]

531.842 StudentInnen waren im Jahr 2003 in geisteswissenschaftliche Fächer eingeschrieben (26,3 % aller Studierenden), es gab 43.900 AbsolventInnen, 2.800 Promotionen und 482 Habilitationen.[44] Die Betreuungsrelation für das wissenschaftliche, hauptberufliche Personal insgesamt lag bei 19,9 (d. h. durchschnittlich betreut eine MitarbeiterIn 19,9 StudentInnen, PromoventInnen und HabilitantInnen), bei den ProfessorInnen bei 59,0, fasst man das neben- und hauptberufliche Personal zusammen lag die Betreuungsrelation durchschnittlich bei 10,5. Neben den ProfessorInnen wird die eigentliche Forschungsarbeit meist von einzelnen DoktorandInnen und Post Docs geleistet, wofür in der Regel Gelder über die

[40] Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland, Januar 2006 (Drs. 7068/06). www.wissenschaftsrat.de/texte/7068-06.pdf

[41] Herbert, U.: „Innenansichten: In der Forschung hui, in der Lehre pfui“, in: Mitteilungen der Alexander von Humboldt-Stiftung. www.humboldt-foundation.de/kosmos/titel/index.htm

[42] Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Grund und Strukturdaten (GS) 2005: Tabelle 4.14.9. (Geisteswissenschaften: Alle G+S Daten erfassen die Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport sowie Kunst und Kunstwissenschaften in einer Kategorie zusammen).

[43] Wissenschaftsrat, 2006: 14.

[44] G+S 2005: Tabellen 4.3.3, 4.12.4, 4.15.1.

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) eingeworben werden (zumeist Graduiertenkollegs, Sachbeihilfe, Einzelstipendien). Die DFG stellte hierfür im Jahr 2003 9,2 % ihrer Fördermittel bereit (117,7 Mio. €). Der Bund investierte im selben Jahr insgesamt 621,9 Mio. € in die geisteswissenschaftliche Forschung und Entwicklung (F+E) an Hochschulen und außeruniversitären Instituten.

Geisteswissenschaften an Hochschulen

Sprach- und Kulturwissenschaften
- Sprach- und Kulturwissenschaften allg.
- Philosophie
- Geschichte
- Bibliothekswiss., Dokumentation, Publizistik
- Allgemeine und vergleichende Literatur- und Sprachwissenschaft
- Altphilologie, Neugriechisch
- Germanistik
- Anglistik, Amerikanistik
- Romanistik
- Slawistik, Baltistik, Finno-Ugristik
- Außereuropäische Sprach- und Kulturwiss.
- Kulturwissenschaften

Kunst, Kunstwissenschaft
- Kunst, Kunstwissenschaft allgemein
- Bildende Kunst
- Gestaltung
- Darstellende Kunst, Film und Fernsehen, Theaterwissenschaft
- Musik, Musikwissenschaft

Quelle: Wissenschaftsrat 2006: 122/123

Geisteswissenschaften an Hochschulen 2003* (Sprach- und Kulturwiss., Sport, Kunst, Kunstwiss.)	Geisteswissen. Anzahl/ € in Mio	Anteil an Wissenschaft gesamt %
Studenten	531.842	26,3 %
Absolventen	43.900	24,5 %
Promotionen	2.800	12,5 %
Habilitationen	482	21,8 %
Personal:		
Hauptberuflich	26.918	16,2 %
davon Professoren	9.076	23,9 %
Nebenberuflich	24.296	32, 7 %
Gesamt	51.214	21,3 %
Prof.:Hauptberufl. wiss.	1:1,97	1:4,68
Betreuungsrelation:[1]		
Hauptberuflich	19,9	12,3
davon Professoren	59,0	53,8
Gesamt	10,5	8,5
Drittmittel:		
Drittmittel Hochschulen	156,7 €	4,8 %
davon DFG Förderung	117,7 €	9,2 %

Außeruniversitäre geisteswissenschaftliche Institute	Anzahl 75
Max Planck Gesellschaft	7
Wissenschaftsgemeinschaft WGL	5
Bund	8
Länder	55

[1] Betreuungsrelation: Studenten je Mitarbeiter
Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Grund und Strukturdaten (GS) 2005 (Zahlen für alle Hochschulen inkl. FH)

Diese Zahlen machen deutlich, dass die Geisteswissenschaften in dem Dilemma stecken, ohne ausreichende Forschungsmittel neben der Lehre Forschung betreiben zu müssen und zu wollen. In den Naturwissenschaften wird die Forschungsarbeit von Forschergruppen geleistet, die aus Doktoranden, Post Docs und Senior Forschern bestehen und die auch einen Großteil der Lehre und Betreuung der Studenten übernehmen. Das zahlenmäßige Verhältnis von ProfessorInnen zu hauptberuflichem wissenschaftlichen Personal fällt aufgrund fehlender Forschungsmittel in den Geisteswissenschaften deutlich schlechter aus (1:1,97) als in den Wissenschaften insgesamt* (1:4,68) oder den Natur-* (1:5,22) und Ingenieurswissenschaften* (1:3,14).[45] Bezogen auf die Situation der geisteswissenschaftlichen AbsolventInnen (2003: 43.900) ist das positive Bild des Wissenschaftsrates zur Lage der Geisteswissenschaften daher kritisch zu hinterfragen, vor allem aus zwei Gründen:

Erstens gilt es zu überprüfen, ob die „großen … materiellen Ressourcen“ (Wissenschaftsrat 2006) im Vergleich mit denen der Wissenschaften insgesamt tatsächlich so groß sind. De facto standen den 621,9 Mio. € F+E Ausgaben des Bundes für die Geisteswissenschaften in 2003 eine Summe von 54,6 Mrd. € für Forschung und Entwicklung insgesamt in Deutschland gegenüber (davon kamen 37,1 Mrd. € aus der Wirtschaft). Insgesamt waren im Jahr 2003 in Forschung und Entwicklung in Deutschland in allen Sektoren 264.721 ForscherInnen tätig.[46] Dieser Forschungsmarkt wurde 2003 von den Natur- und Ingenieurswissenschaften mit 58.900 Absolventen, 8.600 Promotionen und 591 Habilitationen versorgt.[47] Die Natur- und Ingenieurswissenschaften bilden also für einen finanzstarken Forschungsmarkt aus. Demgegenüber erscheint für GeisteswissenschaftlerInnen die akademische Forschung kein erstrebenswertes Karriereziel. Die

[45] *inkl. technisches Personal. Die Berechnung bezieht sich auf G+S 2005: Tabelle 4.14.7. Weitere Verhältnisse von Professoren zu hauptberuflichen Mitarbeitern sind: Recht-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (1:1,75), Humanmedizin* (1:16,93).

[46] BMBF Publikation: BMBF (Hg.): Forschung und Innovation in Deutschland 2005, Bonn 3/2005: Tabelle 29a

[47] G+S 2005: Tabellen 4.12.4, 4.15.1

Geisteswissenschaften – das belegen die F+E Zahlen – dienen vor allem der Lehre und nicht der Forschung. Und welche Aussichten bietet das Karriereziel Professur? Hier besteht das Problem darin, dass jährlich über 482 Habilitierte und mittlerweile auch etliche, in den Startlöchern stehende JuniorprofessorInnen[48], insgesamt 9.076 besetzen Professorenstellen gegenüberstehen, davon 5.551 in den Sprach- und Kulturwissenschaften. Diese Stellen sind, sobald sie frei werden, regelmäßig von Kürzungen betroffen: Zwischen 1995 und 2005 wurden allein in den Sprach- und Kulturwissenschaften 663 Professorenstellen, eingespart, das waren rund 11 %. Der Wissenschaftsrat hat auf dieses „erhebliche Ungleichgewicht zwischen der Anzahl frei werdender Professuren und [den] dafür qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern“[49] hingewiesen.

Die Geisteswissenschaften in Deutschland bilden also hauptsächlich für einen Markt aus, der jenseits des Akademischen liegt. Das Problem ist: Dieser Markt wird in der Ausbildung nicht direkt adressiert und bleibt daher im Diffusen. Wie soll sich ein klassischer Philologe, ein systematischer Philosoph, ein Religionswissenschaftler oder ein Völkerkundler am Markt ‚verkaufen'?

Zweitens gilt es zu hinterfragen, ob zumindest die inhaltliche Ausrichtung der Geisteswissenschaften den Bedürfnissen der StudentInnen, die später am Markt ihr Auskommen suchen, entgegenkommt. Es fällt auf, dass die Mehrheit der Studiengänge an den Hochschulen sowie der außeruniversitären Institute historisch ausgerichtet ist. Die deutschen Geisteswissenschaften positionieren sich in erster Linie mit Blick auf den ‚konservierten Geist' vergangener Epochen. Dies tun sie international gesehen sehr erfolgreich. Das Problem ist jedoch, dass aktuelle Thematiken und Problemfelder wenig Aufmerksamkeit erfahren, von aktuellen Anwendungsfragen ganz zu schweigen. Die Adressierung zeitaktueller Entwicklungen ist jedoch nicht nur für die AbsolventInnen von großer Bedeutung, sondern für die Lebendigkeit der Wissenschaften selbst. Arno Bammé hat untersucht, wie aktuelle Themen und Anwendungsfragen in den Natur- und Ingenieurswissenschaften zu vitalen Sekundärwissenschaften führen. „Die tradierten Monodisziplinen verlieren an Bedeutung gegenüber den sogenannten Sekundärwissenschaften ... Externe Zwecksetzungen werden zum Entwicklungsleitfaden der Theorie, ein Sachverhalt, der zweierlei beinhaltet: Einerseits wird die Theorie-Entwicklung für spezielle Gegenstandsbereiche die allgemeine Form, in der Wissenschaft ihre Beziehung auf externe Zwecke realisiert. Andererseits erfolgt hierdurch eine Verwissenschaftlichung der Gegenstandsbereiche selbst und nicht lediglich eine Anwendung von vorab erzielten wissenschaftlichen Resultaten auf diese Bereiche.“[50]

Im Unterschied zur Situation der Geisteswissenschaften in Deutschland sind in den angloamerikanischen Humanities sekundärwissenschaftliche Studiengänge verbreitet. Studien- und Forschungsbereiche wie Urban Studies, Area Studies, Media Studies, Cultural Studies, Science and Technology Studies bestimmen das Bild.[51] Sie thematisieren zeitgenössische, gesellschaftliche Problemstellungen, prägen die Diskurse und geben den AbsolventInnen die Möglichkeit, sich auf aktuelle gesellschaftliche Phänomene zu fokussieren. Darüber hinaus werden marktfähige Formate der Forschung - wie beispielsweise Rapid Ethnography[52] - aus dem konkreten Anwendungsbedarf heraus entwickelt. In anderen Worten: Die Humanities scheuen nicht den Kontakt zu aktuellen Entwicklungen und Anwendungsfragen,

[48] „Nur etwa 20 Prozent der Junior-Professorinnen und -Professoren bekämen eine besser bezahlte Stelle angeboten. Die Assistenz-Professur, die als internationales Pendant zur deutschen Juniorprofessur gilt, sei in dieser Hinsicht schon weiter entwickelt …80 bis 90 Prozent der Assistenz-Professoren bekommen eine höher dotierte Stelle.“ HIS Hochschul-Informationssytem Pressemitteilung vom 18.10.2007. www.his.de/presse/news/ganze_pm?pm_nr=173

[49] Wissenschaftsrat, 2006: 80.

[50] Bammé, Arno: Individuum und Gesellschaft heute, in: REPORT (27) 1/2004, 132-137: 134. www.die-bonn.de/doks/bamme0401.pdf

[51] Beispielsweise fehlt in Deutschland eine zeitgenössische Wissenschaftsforschung fast völlig. Die Cultural Studies, in den 1980ern im Angloamerikanischen entwickelt, finden mittlerweile (teils zögerlich) Einzug in die Kulturwissenschaften, ebenso die Media Studies.

[52] Millen, David: Rapid ethnography: time deepening strategies for HCI field research, in: Proceedings of the conference on Designing interactive systems: processes, practices, methods, and techniques. ACM Press, New York 2002.

die als Bedarf der sich formierenden Wissensgesellschaft gesehen werden. Dadurch integrieren sie sich aktiv in aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen.[53]

Trotz steigender Studentenzahlen bieten die Geisteswissenschaften in Deutschland aus Perspektive der AbsolventInnen wenig viel versprechende Möglichkeiten, weder im akademischen System selbst, noch in der Vorbereitung auf den sonstigen Arbeitsmarkt.[54] In einer Studie zur Einschätzung der Situation seitens der Studenten sprachen sich diese „für die Entwicklung neuer Fachprofile [aus.] Durch Schwerpunkte oder innovative Verknüpfungen, können die neuen Medien, die Internationalisierung sowie die Kooperation mit außeruniversitären Einrichtungen (z. B. der Wirtschaft) nützliche Anknüpfungen bieten.“[55] Dies ist den StudentInnen wichtig, denn „generell äußern die Studierenden überwiegend ein großes Interesse an einer beruflichen Tätigkeit mit autonomen, fordernden und entwicklungsfähigen Aufgaben (zwischen 69 und 79 % sind sie sehr wichtig). … Viele Studierende erwarten jedoch erhebliche Schwierigkeiten bei der Stellenfindung. Weit mehr als in anderen Fächergruppen befürchten sie nach dem Studium eine inadäquate Beschäftigung oder gar Arbeitslosigkeit (58 % zu 38 % an den Universitäten insgesamt).“[56] Das Potenzial der im Wandel begriffenen Gesellschaft wird, ebenso wie der ‚Drang' der AbsolventInnen zum kommunikativen Handeln, wenig genutzt. Im Gegenteil, die Erfahrung zeigt: „Es gibt eine Wissenshierarchie im akademischen Raum, wo Praxiswissen minder bewertet wird.“ (Interview 4)

[53] Vgl. auch Daxner, Michael: Die blockierte Universität. Warum die Wissensgesellschaft eine andere Hochschule braucht, Frankfurt/New York 1999.

[54] Erwähnenswert hier: „Das Institut Student und Arbeitsmarkt e.V. an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) hilft Studierenden, rechtzeitig ihren Berufseinstieg vorzubereiten und bringt sie mit Arbeitgebern in Kontakt.“ www.s-a.uni-muenchen.de/index.html

[55] BMBF: Kurzbericht: Das Studium der Geisteswissenschaften. Eine Fachmonographie aus studentischer Sicht, Bonn 2001: 30.

[56] BMBF 2001: 13.

Wissensgesellschaft

Wozu, so könnte man fragen, sollten sich die Geisteswissenschaften vermehrt mit aktuellen Themen und Problemstellungen befassen? Die Antwort liegt in den aktuellen Entwicklungen begründet, denn zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wird theoretisches Wissen selbst zu einem dominanten, sozioökonomischen Gut, dessen Bewirtschaftung am Beginn seiner Entwicklung steht. Neben Energie und Rohstoffen avanciert Wissen zur Schlüsselressource des 21. Jahrhunderts. Bereits 1973 zeigte Daniel Bell in seiner Studie „The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting“[57], dass theoretisches Wissen die maßgebliche Ressource post-industrieller Gesellschaften ist. In hochgradig mediatisierten, vernetzten und computerbasierten Gesellschaften vollzieht sich ein struktureller Wandel hin zur Verwissenschaftlichung und Theoretisierung von Prozessen. Die Generierung, Umsetzung und Organisation von Wissen wird dabei zur zentralen Quelle der Produktivität und des Wachstums.

Karin Töpsch untersuchte die „Veränderungen der Erwerbsarbeit im Übergang zur Wissensgesellschaft“.[58] Sie konstatiert: „Wachsende Anteile der gesellschaftlichen Wertschöpfung basieren auf dem Übertragen von Daten in digitalisierten Wertschöpfungsketten. Diese Entwicklungen haben einen radikalen Wandel von Erwerbsarbeit in der modernen Gesellschaft zur Folge: Ins Zentrum der zukünftigen Arbeitswelt wird ein neuer Typ von Wissensarbeit treten. Damit verändern sich zugleich die Anforderungen an Qualifikationen, Erwerbsformen und Regulationsstrukturen. Das derzeit gültige Modell der Erwerbsarbeit, das sich stark am sogenannten Normalarbeitsverhältnis orientiert, trägt nicht mehr. Was ansteht, ist die Entwicklung neuer Konzepte, die sich nicht nur in ökonomischer, sondern auch in gesellschaftlicher Hinsicht als zukunftsfähig erweisen müssen.“[59] Während traditionelle Arbeitsplätze

[57] Bell, Daniel: The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting, New York 1973.

[58] Abgeschlossenes Projekt der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg.

[59] Töpsch, Karin: Zusammenfassung der Projektpräsentation, Workshop „job-net-online“, Heilbronn, 26. Sept. 2000. www.job-net-online.de/pdf/toepsch.PDF

rationalisiert oder ins Ausland verlagert werden, erheben die wissensbasierten Industrien und Dienstleistungen den Anspruch, neue und nachhaltige, da wissensintensive Arbeitsplätze zu generieren. Daher ist es ein strategisches Ziel der Europäischen Union (EU) für 2010, „to become the most competitive and dynamic knowledge-based economy in the world, capable of sustainable economic growth with more and better jobs and greater social cohesion."[60]

Wissen - und vor allem die Reflexion über Wissen, Wissensformen und Wissensproduktion - ist aber eine maßgebliche Domäne der Geisteswissenschaften, denn Wissen ist mehr als das „Übertragen von Daten in digitalisierten Wertschöpfungsketten". Die Wissensgesellschaft hat bisher einen stark technisch-instrumentellen Beigeschmack, wie die F+E Mittelvergabe deutlich zeigt. Es sind die wissensbasierten Technologien, die im Mittelpunkt der „knowledge-based economy and society" stehen und die immer stärker unseren Alltag und unser Berufsleben prägen (Informations-, Bio- und Medizintechnologie und Engineering). Dabei wird (die soziale, politische und) vor allem die kulturelle Dimension von Technologie oft in den Hintergrund gedrängt. Doch Technologien sind vor allem eines: Kulturtechniken.[61] Sie zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie das Technische mit dem Symbolischen verbinden und sich damit von den traditionellen Maschinen und Techniken unterscheiden.

Das (neue) Wissen steckt dabei vor allem im symbolischen Anteil, beispielsweise in der Dekodierung der Proteinsynthese, der Codierung von Software oder im „Lesen" der Gehirnstrombilder. Die Laborforschung hat in den letzten zwei Jahrzehnten exemplarisch die technischen und symbolischen Praktiken der Generierung wissenschaftlicher „Wissensobjekte" destilliert. Die Invention und Distribution solcher Wissensobjekt-generierenden Praktiken konstituieren die „knowledge-based economy" im hohen Maße, sei es im wissenschaftlichen Labor, in der Industrieforschung oder auch in kleinen wissensintensiven Unternehmen. Diese Praktiken sind externalisierende Verfahren des Geistigen, die als symbolisch-technische Hybridsysteme vermehrt Anwendungen in Form von Softwareprodukten, intelligenten Objekten oder Analyseverfahren erzeugen. Dabei überschreiten sie Grenzen, die nicht nur ‚nachhaltig' lukrative Geschäfte versprechen, sondern auch Bedenken und Unbehagen generieren, denn sie gestalten Gesellschaft und Kultur massiv um.

Dieser problematischen Seite der „knowledge-based economy" wird sich die Gesellschaft zunehmend bewusst. „Wissenschaft und Technik müssen ihren Vertrag mit der Gesellschaft neu überdenken und mehr noch als bisher ihre Agenda unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Wünsche der europäischen Bürger erstellen. Künftig müssen sie bestimmten grundlegenden ethischen [und kulturellen] Fragestellungen der Gesellschaft Rechnung tragen, Frauen umfassende Entfaltungsmöglichkeiten bieten und Zukunftsfragen antizipieren."[62] Dies ist durchaus im Sinne der Ökonomie gedacht, denn um das Interesse an und die Akzeptanz von wissenschaftlich-technologischem Fortschritt ist es in Europa nicht zum Besten bestellt, insbesondere in Deutschland.[63] Wissenschaft und Technologie schwinden zunehmend aus unserem kulturellen Selbstverständnis und dies hat Folgen, denn dieser Trend verläuft konträr zu den notwendigen Voraussetzungen einer „knowledge-based economy". Dieser Trend zeigt aber auch an, dass es den wissensintensiven Technologien, Industrien und Unternehmen bisher nicht gelungen ist, sich im kulturellen Verständnis ausreichend zu verankern. Im Gegenteil: Die hohen Anforderungen an die „highly-skilled workers" haben zu sozialen Ausgrenzungs- und Abgrenzungseffekten geführt. Die Verwechslung von Wissen mit Informationen und

[60] Lisbon European Council 23./24.04.2000, Presidency Conclusions http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_en.htm. Ziel der EU ist es, bis 2010 3 % des BIP Bruttoinlandprodukts in F+E zu investieren.

[61] „Eine Kulturtechnik befördert die Leistungen der Intelligenz durch Versinnlichung und exteriorisierende Operationsleistungen des Denkens." Krämer, Sybille, Bredekamp, Horst: Kultur, Technik, Kulturtechnik, in: dies. (Hrsg.): Bild, Schrift, Zahl, München 2003: 18.

[62] EU Kommission: Aktionsplan Wissenschaft und Gesellschaft, KOM(2001)714, Brüssel 2001: 5

[63] 66% der Deutschen interessieren sich nicht für Wissenschaft und Technik (EU gesamt: 52%). EU: Wissenschaft und Technik im Bewusstsein der Europäer, Eurobarometer-Bericht 55.2, 2001

Daten generiert technokratische Systeme, die kulturelle Aus- und Abgrenzungseffekte zur Folge haben.

Zwischenfazit Wissensgesellschaft

GeisteswissenschaftlerInnen sind durch ihre Ausbildung in vielfältiger Weise auf die Wahrnehmung und das Verständnis von kulturellen Phänomenen sensibilisiert. Sie sind – so die grundlegende These der Expertise – gerade hier gefordert, um ‚Übersetzungsarbeit' zu leisten. Genauer gesagt: Die GeisteswissenschaflerInnen können dazu beitragen, die kulturelle Integration der „externalisierenden Verfahren des Geistigen" zu gewährleisten, und zwar auf der Seite der Produzenten und Produkte, nicht etwa erst nachgelagert im Sinne einer Wissenschaftskommunikation. Hier liegt eine Chance, die von den Humanities bereits ergriffen wurde, nämlich aktuelle „Konkretisierungen des Geistes" nicht nur zu erforschen, sondern auch mitzuprägen. Dies kann nur praxis- und anwendungsnah erfolgen und viele der „freien ForscherInnen" sehen genau hier ihren Beitrag. Da das akademische System bislang dafür unzureichend gerüstet ist, eröffnet sich ein Gestaltungsraum für freie geisteswissenschaftliche Forschung. Dabei wird diese Ausdifferenzierung geisteswissenschaftlicher Forschung nicht als Konkurrenz zum akademischen System verstanden, sondern sie soll im Gegenteil mit zeitaktueller und praxisnaher Forschung, Lehre und Publikationen zur Erneuerung beitragen. Dass dies nicht in Selbstausbeutung der „freien ForscherInnen" geschehen kann und darf, versteht sich von selbst. Daher sind geeignete Maßnahmen nötig, um einen freien Forschungsmarkt, eine unterstützende Infrastruktur und einen adäquaten Status zu schaffen.

5. Szenario (Berufs-)bild „Freie ForscherIn" – Markt, Sichtbarkeit/Status, Infrastruktur

Die Frage nach einem (Berufs-)bild „Freier ForscherInnen" ist also zugleich die Frage nach einem aktiven Beitrag geisteswissenschaftlicher Forschung zur Wissensgesellschaft. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn sich der Bedarf wissensintensiver Dienstleistungen an einer solchen Forschungsleistung identifizieren lässt. Daher steht die Analyse des Marktes geisteswissenschaftlicher Forschung im Mittelpunkt. Im Anschluss daran werden die Sichtbarkeit und der Status „freier ForscherInnen" untersucht sowie Fragen der infrastrukturellen Voraussetzungen für freie Forschungsarbeit erörtert.

Dass diese Analyse keine randständige Gruppe im Blick hat, zeigt sich an der Anzahl potenzieller „Freier ForscherInnen". Bei vorsichtiger Schätzung kann von einer Größenordung von bis zu einer Viertelmillion GeisteswissenschaftlerInnen ausgegangen werden, von denen anzunehmen ist, dass die meisten von ihnen in prekären Verhältnissen leben und dass für sie eine Selbständigkeit als freischaffende ForscherIn attraktiv sein könnte. Zum Vergleich: Die KSK Künstlersozialkasse vertritt aktuell 152.851, der BBK Berufsverband Bildender Künstler 9.000 und der VS Verband Deutscher Schriftsteller 4.000 Mitglieder. Es gibt in Deutschland rund eine Million Tätige in den Freien Berufen. Gut 30.000 ver.di Mitglieder sind selbständig. GeisteswissenschaftlerInnen in prekären Verhältnissen stellen also eine sozial und politisch relevante Größe dar. Ihr Problem ist ihre Unsichtbarkeit und ihr fehlendes Profil.

Potenzielle „Freie ForscherInnen"

~15.000 nebenberufliche DozentInnen
~11.000 arbeitslose GeisteswissenschaftlerInnen[1]
~219.500 (5 x ca. 43.900) AbsolventInnen 2003-07[2]
~16.400 Promovierte und Habilitierte 2003-07

[1] Vgl. Arbeitsmarkt Kompakt 2006 der Bundesagentur für Arbeit.
[2] Entsprechend der Einschätzung, dass die Wartezeit auf eine beruflich adäquate Position für GeisteswissenschaftlerInnen bei 5 Jahren liegt (vgl. Zitat in FN 41).

5.1 Markt - Freie, geisteswissenschaftliche Dienstleistungen und Forschungsarbeiten

Der Markt für freie, geisteswissenschaftliche Dienstleistungen und Forschungsarbeiten ist durch einige Besonderheiten charakterisiert. Die freien GeisteswissenschaftlerInnen stehen am Markt vier Verzerrungseffekten gegenüber, die zurückzuführen sind auf:

- die Monopolstellung der Hochschulen
- den stark reglementierten Zugang zum Forschungsmarkt
- den technologiezentrierten Fokus auf das ‚Produkt Wissen'
- die fehlende Definition der Generierung von Wissen als wissensintensive Dienstleistung (DL)

Trotz dieser Besonderheiten lassen sich zwei Marktsegmente sowie zwei Tätigkeitsfelder für freie Forschung identifizieren:

Marktsegmente	**Tätigkeitsfelder**
A. Wissensgesellschaft	I. Forschungsarbeit als wissensgenerierende DL
B. Hochschulen	II. Wissensintensive, sekundäre DL

Monopolstellung der Hochschulen

Die Tatsache, dass die Hochschulen bislang ein Monopol geisteswissenschaftlicher Dienstleistung und Forschung darstellen und gleichzeitig selbst keinen Markt jenseits der Universitäten für ihre Absolventen im Blick haben, führt am Markt zu Verzerrungen und Problematiken. Diese Verzerrungen werden durch den Anspruch des akademischen Systems verstärkt, alleinig für die wissenschaftliche Anerkennung zuständig zu sein. Um das Anerkennungssystem aufrechtzuerhalten muss notfalls unentgeltlich Arbeit geleistet werden. Diese Situation ist nicht nur untragbar, sondern weist darauf hin, dass ein mangelndes Bewusstsein im akademischen System über die Situation der nicht festangestellten GeisteswissenschaftlerInnen, insbesondere der nebenberuflichen Lehrbeauftragten und Privatdozenten besteht.

Da schon seit Jahren mehr hoch qualifizierte (promovierte wie habilitierte) GeisteswissenschaftlerInnen in das Universitätssystem drängen als es in der Lage ist aufzunehmen, besteht ein „Verkäufermarkt", auf dem die Nachfrage größer ist als das Angebot. Während die Monopolstellung dazu führt, dass sich noch kaum ein funktionierender Markt außerhalb der Institutionen etablieren konnte, führt der „Verkäufermarkt" dazu, dass die finanzielle Honorierung der Leistungen freier GeisteswissenschaftlerInnen durch die Universität weitgehend losgelöst von Qualitätskriterien geschieht. In der Regel wird erwartet, dass Konferenz- und Tagungsbeiträge, Veröffentlichungen, Lektorats- und Organisationsaufgaben bis hin zu Lehraufträgen und Forschungsarbeiten gegen geringe oder gar ohne Vergütung geleistet werden.

Aus der Perspektive der freien ForscherInnen führt die Monopolstellung der Universitäten zu einer Verzerrung des Marktes sowie zu einem fehlenden Marktbewusstseins seitens der Auftraggeber: „Ich bekomme Honorare für Vorträge, aber eigentlich wird immer davon ausgegangen, dass man das unentgeltlich macht, weil alle denken man ist sowieso an der Uni. Ich muss mir das Honorar immer erkämpfen. Es gibt aber auch Auftraggeber, die Verständnis dafür haben, dass man für das Geld nicht zu haben ist, aber die haben dann trotzdem Probleme die Verwendung der Gelder zu rechtfertigen." (Interview 6)

Marktverzerrung tritt auf, wenn öffentlich geförderte Institutionen die gleichen Leistungen anbieten wie freie ForscherInnen. Sie treten dann am Markt als Konkurrenten auf, wobei die öffentlich finanzierte Institution die gleichen Leistungen zu einem wesentlich niedrigeren Preis erbringen kann und daher bevorteilt ist. Diese Marktverzerrungen könnten ausgeglichen werden, wenn empfohlene Honorar-Regelsätze für wissenschaftliche Tätigkeiten, beispielsweise Lehraufträge oder Gutachtertätigkeiten, eingeführt würden, auf die sich Auftraggeber wie -nehmer einstellen können. Diese Regelsätze würden, bei entsprechendem Marktbewusstsein, dem Wert der erbrachten Leistung gerecht werden.[64] Dies ist vor allem

[64] „Wer aber aus ökonomischen Gründen auf vergütete Lehraufträge angewiesen, ist erhält für seine oder ihre Arbeit einen durchschnittlichen Stundenlohn, mit dem man kaum eine Putzfrau schwarz beschäftigen könnte." Polter-

vor dem Hintergrund der wachsenden Gruppe der „prekären Intellektuellen“, aber auch der demographischen Prognosen zu sehen, die eine um 20 bis 30 Prozent steigende Nachfrage nach Studienplätzen bis 2015 voraussagen. Es wäre aber auch ein positives und wichtiges Signal an den freien Markt der Wissensgesellschaft, diese hoch qualifizierten Tätigkeiten als wissens- und personalintensive Dienstleistungen zu etablieren und damit neue, sozioökonomische Potenziale (Umsätze wie Arbeitsplätze) zu erschließen.

Stark reglementierter Zugang zum Forschungsmarkt

Der eigentliche Forschungsmarkt ist bislang den fest angestellten GeisteswissenschafterInnen vorbehalten, in der Regel den ProfessorInnen. Die Monopolisierung geisteswissenschaftlicher Forschung durch die Universitäten führt dazu, dass das gesamte System der Forschungsförderung nahezu ausschließlich auf Institutionen zugeschnitten ist. Das gilt nicht nur für umfangreiche langfristige Förderungen, auch kleine Beträge wie zum Beispiel Reisestipendien sind ohne Anbindung an eine Institution für die freien ForscherInnen nicht zugänglich. Das Kriterium, das über den Zugang entscheidet, ist hier nicht die Leistung, sondern zu aller erst der Status im akademischen System.

Grundsätzlich ist gefordert, promovierte GeisteswissenschaftlerInnen als antragsberechtigt in die Ausschreibungskriterien aufzunehmen, und zwar unabhängig davon, ob sie einer Hochschule angehören oder freischaffend sind.[65] Mit ihrer Promotion haben sie die Befähigung zu eigenständiger Forschung nachgewiesen und sollten daher auch als vollwertige Akteure des Forschungssystems verstanden werden, wie dies in den Natur- und Ingenieurswissenschaften üblich ist. Damit könnten in Zukunft individuelle ForscherInnen oder auch zu Konsortien zusammengeschlossene, externe Forschergruppen als Antragsteller auftreten.

Technologiezentrierter Fokus auf das "Produkt Wissen" in der Wissensgesellschaft

Eine weitere Verzerrung des Forschungsmarktes der Wissensgesellschaft, so wie sie im aktuellen Diskurs verstanden und durch milliardenschwere Programme forciert wird, geht von einem ungenügenden Verständnis dessen aus, was Wissen ist. „Employment in the knowledge-based economy”, schreibt die OECD 1996 in ihrem Bericht, „is characterised by increasing demand for more highly-skilled workers. The knowledge-intensive and high-technology parts of OECD economies tend to be the most dynamic in terms of output and employment growth.”[66] Dabei haben die OECD Staaten in erster Linie die natur-, lebens- und ingenieurswissenschaftlichen Technologien im Blick, die eine wichtige Rolle für das Wirtschaftswachstum spielen. Um die Leistungsfähigkeit der wissensbasierten Industrien und Dienstleistungen beurteilen zu können, führte die OECD „knowledge indicators“ ein.[67] An dieser Klassifizierung wie auch an den Förderprogrammen erkennt man den technologiezentrierten Fokus auf das Produkt „Wissen“ deutlich. Dabei wird jedoch übersehen, dass Technologien von Menschen genutzt werden, dass Netzwerke Inhalte transportieren und dass Qualifikationen vermittelt werden müssen. Der technologiezentrierte Fokus auf Wissen stellt Maschinen, technische Infrastrukturen und Technologien in das Zentrum der verliert die Nutzer aus dem Blick.

---

mann, Andreas: Abschied vom Einheitsprofessor an der Einheitshochschule, Heinrich-Böll-Stiftung, 2007.

[65] Dadurch könnte ein weiteres Manko der Geisteswissenschaften überwunden werden, nämlich der Zuschnitt der Förderung auf Professoren. Dem promovierten, akademischen Nachwuchs sind – anders als in den Natur- und Ingenieurswissenschaften – buchstäblich die Hände gebunden. Damit werden sie in nicht vertretbarer Weise vom Ordinariensystem in Abhängigkeit gehalten. Dies ist der Innovativität von geisteswissenschaftlicher Forschung nicht unbedingt zuträglich.

[66] OECD: The Knowledge Based Economy, OCDE/GD (96)102, Paris 1996.

[67] "To fully understand the workings of the knowledge-based economy, new economic concepts and measures are required which track phenomena beyond conventional market transactions. In general, improved indicators for the knowledge-based economy are needed for the following tasks: measuring knowledge inputs; measuring knowledge stocks and flows; measuring knowledge outputs; measuring knowledge networks; and measuring knowledge and learning." OECD, 1996: 31.

Dabei wird auch übersehen, dass sich Wissen nicht in Datenbanken und –netzen finden lässt. Die Wissenschaft wird zwar bezüglich ihrer Aufgabe „Wissen zu schaffen“ in die Pflicht genommen, aber oftmals wird der Fehler gemacht, Wissen mit Information und quantifizierbaren Daten gleichzusetzen. Wenn - einer Unterscheidung zwischen kapital-, arbeits- und wissensintensiven Unternehmen folgend, „wissensintensive Unternehmen … meist als Unternehmen charakterisiert [werden], deren Performanz und Wettbewerbsstärke hauptsächlich in der Ressource Wissen begründet ist, in denen Wissen also wertvoll, schlecht substituierbar, kopierbar und transferierbar ist … und die daher Wissen als ‚strategische Ressource’ begreifen“[68] - dann liegt genau hier das Potenzial gut ausgebildeter, freier, geisteswissenschaftlicher ForscherInnen. Denn: „Data and information may be managed, and information resources may be managed, but knowledge (i.e., what we know) can never be managed, except by the individual knower and, even then, only imperfectly.”[69]

Die „strategische Ressource“ der Wissensgesellschaft ist also eine, von der Fähigkeit des Individuums abhängige Ressource. Natur- und Ingenieurswissenschaftler sind üblicherweise auf streng normierte Formen der Produktion, Validierung und des Umgangs mit Wissen geschult. Die Ressource Wissen, die hier jedoch gefordert ist, ist hochgradig flexibel, heterogen verteilt und implizit vorhanden. Während Natur- und IngenieurswissenschaftlerInnen darauf spezialisiert sind, Wissen in Technologien, Maschinen, technische Infrastrukturen und Verfahren zu explizieren und zu automatisieren, geht es hier um das Lokalisieren und Nutzbarmachen von implizitem, dynamischen, situiertem und fluidem Wissen. Es geht um die nicht automatisierbaren Fähigkeiten im Umgang mit der „Ressource Wissen“. Je nach Fähigkeit des Individuums Schlüsse ziehen zu können, Zusammenhänge und Analogien entdecken zu können oder Klassifikationen und Definitionen vornehmen zu können, steigt oder fällt der Wert des generierten Wissens. Dieser Wert zeigt sich jedoch meist erst dann, wenn Verfahren, technische Infrastrukturen und Technologien scheitern, wenn die Akzeptanz, die Usability oder die Funktionalität den Bedürfnissen nicht genügen.

Wirtschaftszweigklassifikationen der Europäischen Union (NACE)

K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen
72 Datenverarbeitung und Datenbanken
73 Forschung und Entwicklung
73.2 Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften
74 Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen

M Erziehung und Unterricht
80 Erziehung und Unterricht
80.3 Hochschulen und hochschulverwandte Lehranstalten

O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen
92 Kultur, Sport und Unterhaltung

Klassifikation der "Wissensintensität" von Dienstleistungen (Eurostat)

- Wissensintensive Dienstleistungen (NACE 61, 62, 64, 72, 74)
- Spitzentechnologie nutzende wissensintensive Dienstleistungen (NACE 64, 72)
- Marktbezogene wissensintensive Dienstleistungen (NACE 61, 62, 74)
- Weniger wissensintensive Dienstleistungen (NACE 50, 51, 52, 55, 60, 63)

Europäische Union: Eurostat KS-SF-07-068-DE-N

Generierung von Wissen – (k)eine wissensintensive Dienstleistung?

In der Eurostat Klassifikation der wissensintensiven Dienstleistungen finden sich Schifffahrt (NACE 61), Luftfahrt (NACE 62), Nachrichtenübermittlung (NACE 64), Datenverarbeitung und Datenbanken (NACE 72) sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen (NACE 74). Unter unternehmensbezogenen Dienstleistungen werden ‚traditionelle Berufe’ wie Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Markt- und Meinungsforschung, Unternehmens- und PR-Beratung, Werbung, aber auch

[68] Töpsch, Karin: Regulation und Organisation von Arbeit in wissensintensiven Unternehmen, 9/2001: 2 www.tu-chemnitz.de/wirtschaft/bwl6/forschung/ladendiskurs_2002/docs/toepsch2.PDF

[69] T.D. Wilson: The nonsense of ‘knowledge management’, in: Information Research, Vol. 8 No. 1, October 2002.

Detekteien, Reinigung von Gebäuden u. a. aufgeführt. Ironischer Weise tauchen in den Statistiken zu „wissensintensiven Industrien, Handel und Dienstleistungen“ weder Forschung und Entwicklung (NACE 73) noch Erziehung und Unterricht an Hochschulen (NACE 80.3) auf.[70] Wie ist dieser blinde Fleck der auf dem Weg zur „most competitive and dynamic [befindlichen] knowledge-based economy in the world“ (EU 2010) zu deuten? Wird die Generierung von Wissen nicht als Dienstleistung gesehen und besteht insofern auch kein eigener (freier) Markt? Wie ist das mit dem Verständnis einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft vereinbar?

Diese Fragen gewinnen im Rahmen der Diskussion um die Dienstleistungsgesellschaft noch an Schärfe, vor allem aus deutscher Sicht. Während die EU insgesamt in punkto unternehmensbezogener Dienstleistungen hinter den USA zurückliegt (die dort nicht nur ein ‚Exportschlager' sind, sondern in den vergangenen zehn Jahren gut 6 Mio. neue Arbeitsplätze generiert haben), so liegt Deutschland noch unterhalb des EU-Durchschnittes. Dies ist bedenklich, denn: „Die meisten Dienstleistungsbereiche, in denen der stärkste Anstieg der Nachfrage erwartet wurde, waren unternehmensbezogene Dienstleistungen, was die Rolle dieses Sektors in den kommenden Jahren als wichtiger Motor der Wettbewerbsfähigkeit der EU Wirtschaft bestätigt.“[71] 2004 waren mehr als 2,9 Millionen Unternehmen (EU-27) im Bereich unternehmensbezogene Dienstleistungen tätig und beschäftigten 13,1 Millionen Personen (Bruttogesamtumsatz 1,178 Milliarden €). Deutschland liegt mit 192.701 Mio. € Umsatz und 2,1 Mio. Beschäftigten unter dem EU-27 Durchschnitt in diesem Sektor (NACE K72 und K74.1 bis K74.5). „Darüber hinaus wird zunehmend das Potenzial dieses Sektors erkannt, durch seinen personalintensiven Charakter neue Arbeitsplätze zu schaffen … [durch] die Nutzung von Dienstleistern für Nebendienstleistungen durch viele Unternehmen. Weitere wichtige Faktoren für diesen Anstieg sind auch der technologische Fortschritt und das Internet, durch die neue Möglichkeiten der Produktion und Leistungserbringung entstanden sind.“[72] Forschung und Entwicklung (NACE 73) sowie Vermittlung von F+E (NACE 80.3) sind offenbar ein blinder Fleck in der Debatte um die Dienstleistungsgesellschaft, obwohl sie – als freier Markt begriffen – ein Reservoir an Umsatz und hoch qualifizierten „Wissensarbeitern“ erschließen würden.

Zwischenfazit Markt

Die Chance, freie Forschung jenseits des Akademischen als wissensintensive Dienstleistung zu etablieren, sollten sich weder die freischaffenden GeisteswissenschaftlerInnen, noch die Wissensgesellschaft entgehen lassen. (Freie) Forschung in Form von marktbezogener, wissensgenerierender und auch wissensintensiver Dienstleistung sollte ein wichtiges Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Hierbei ist nicht die Rede von Grundlagenforschung, technologieintensiver Forschung, klassischer F+E oder geisteswissenschaftlich akademischer Forschung, die Rede ist vielmehr von einem freien Forschungsmarkt, der sich in vielfältiger Weise um Fragen des Transfers, der Reflexion, der Kommunikation, der Sichtbarmachung, der Produktionsformen, der Usability, der interkulturellen epistemischen Unterschiede der „Ressource Wissen“ kümmert und dies in einem anwendungsbezogenen, praxisnahen, reflexiven Forschungsstil. Dieser Markt

[70] Vgl. Eurostat: Entwicklung der Spitzentechnologiebereiche des Verarbeitenden Gewerbes und der wissensintensiven Dienstleistungen, 68/2007, Katalognummer: KS-SF-07-068-DE-N, EU 2007.

[71] Eurostat, 76/2007: 6. Deutschland liegt insgesamt im Bereich Dienstleistungen unterhalb des EU-Durchschnitts (EU-25 in 2002 knapp unter 60 %, im Vergleich: Groß Britannien knapp über 70 %). „Die Erbringung von Dienstleistungen war 2003 die Haupttätigkeit von 13,1 Mio. Unternehmen in EU-25, die einen Umsatz von 10 363 Mrd. EUR erzielten. Mit einer Wertschöpfung von 2 650 Mrd. EUR und 69 Mio. Beschäftigten lag der Anteil der Dienstleistungen am nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft insgesamt (NACE-Abschnitte C bis K, ohne J) bei 55 bzw. 59 %. Mit dieser Beschäftigtenzahl lag die Dienstleistungsbranche mit deutlichem Abstand vor den beiden nächstgrößten Branchen, der Industrie und dem Baugewerbe, mit Anteilen von 30 und 11 %.“ Eurostat: Hauptmerkmale der Dienstleistungsbranche der EU, 19/2007, Katalognummer: KS-SF-07-019-DE-N, EU 2007: 1.

[72] Eurostat: Unternehmensbezogene Dienstleistungen in der EU-27: Aufschwung durch Auslagerung und Liberalisierung, 76/2007, Katalognummer: KS-SF-07-076-DE-N, EU 2007: 1.

existiert bereits in seinen Anfängen und wird aktuell vor allem von WirtschaftswissenschaftlerInnen (Wissensmanagement) und SoziologInnen (Wissenszirkulation) geschaffen. Ein Beispiel: Das freie „inter3 [Institut für Ressourcenmanagement] verbindet ingenieurs- und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse mit betriebs- und volkswirtschaftlichem Know-how zu einem ganzheitlichen Ansatz, der nachhaltig wirksame Lösungen ermöglicht. Dafür sorgen die breit gefächerten Kompetenzen der wissenschaftlichen Leitung, die interdisziplinären Projektteams und ein internationales Netzwerk renommierter Wissenschaftler. … Die besondere Stärke von inter 3 liegt in der Fähigkeit zur interkulturellen Kooperation mit Menschen und Institutionen in verschiedenen Kulturen. … inter 3 ist darauf spezialisiert Expertenwissen von Praktikern und Betroffenen systematisch in Projekte einzubeziehen. Transdisziplinäres Kooperationsmanagement ermöglicht die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Partnern: in komplexen Kompetenz-Netzwerken oder zwischen Organisationen und ihrem Umfeld.“[73]

Das Themen- und Problemfeld der freien GeisteswissenschaftlerInnen ist jedoch ein anderes, auch wenn sich mehr oder weniger große Überlappungen abzeichnen. Die Aufgabe der frei forschenden GeisteswissenschaftlerInnen wäre es, den Wert der „Ressource Wissen“ im kulturellen Kontext – kulturell ist hier in einem breiten, sozioökonomischen Sinne verstanden, beispielsweise als Kultur einer Wissensgesellschaft – zu generieren und zu gewährleisten und dafür geeignete, qualitative Wissenspraktiken und Indikatoren zu entwickeln. Unter dem „Wert der Ressource Wissen“ wird die Fähigkeit verstanden, über den ingenieurs- und naturwissenschaftlichen Kontext hinaus, die Situierung, Akzeptanz und Usability der wissensintensiven Produkte und Technologien in der Kultur der Wissensgesellschaft zu verankern. Damit ist nicht die Wissenschaftskommunikation gemeint, sondern im Falle konkreter Produkte, Verfahren und Anwendungen deren kulturelle Einbindung, wie dies von den Wirtschaft- und SozialwissenschaftlerInnen unter deren spezifischer Perspektive bereits geleistet wird. Freie GeisteswissenschaftlerInnen können ihre spezifischen Fähigkeiten einsetzen, um in kulturellen und symbolischen Umfeldern interpretativ, analytisch, historisch, komparativ und reflexiv zu agieren. Praktisch bedeutet dies, das Methodenspektrum der Geisteswissenschaften in marktfähige Formate von Forschung weiterzuentwickeln und für konkrete Anwendungsfälle praxisnah verfügbar zu machen.

„Rapid Analysis“ als Beispiel für ein marktfähiges Format von Forschung

Ein Großteil des zirkulierenden Wissens ist in Software codiert – in Computerprogrammen, aber zunehmend auch in intelligenten Objekten. User- und Weltmodellierung oder die Bildung von Ontologien spielen eine wichtige Rolle. Oft werden hier ad hoc Modellierungen und Klassifikationen generiert, die sich aufgrund mangelnder Kenntnisse der Anwenderkultur als unzureichend herausstellen. In Anlehnung an traditionelle Methoden der Ethnographie wurde zu diesem Zweck die „Rapid Ethnography" als marktfähiges Forschungsformat entwickelt, das auf vielfältige Weise eingesetzt werden kann.[74] Ähnliches lässt sich für die angewandte Technologieforschung der „high technology economy“ als „Rapid STS Science- and Technology Studies“ denken.

Das Beispiel verdeutlicht, dass Analysekonzepte der akademischen Forschung als „Rapid Analysis“ für konkrete Anwendungen, Unternehmen und Situation von freien ForscherInnen genutzt werden können. Mit der „Rapid Ethnography“ als Modell kann sich „Rapid Analysis“ zu einer grundlegenden Wissenspraktik einer wissensgenerierenden, geisteswissenschaftlichen Dienstleistung entwickeln und auch mit akademisch unkonventionellen Methoden arbeiten, wie beispielsweise visuellen Forschungsmethoden. Teilweise werden diese neuen Methoden von freien ForscherIn-

[73] Institut für Ressourcenmanagement www.inter3.de/de/prinzip.php

74 Rapid Ethnography nutzt „a collection of field methods intended to provide a reasonable understanding of users and their activities given significant time pressures and limited time in the field” (Millen 2000). Vgl. auch Literaturhinweis Millen 2002 in Fußnote 53.

nen bereits entwickelt. Genau hier zeigt sich der Gestaltungsraum freischaffender Geisteswissenschaftlerinnen, aber auch ihre Grenzen innerhalb des Akademischen Systems: „Bislang sind alle Versuche, Geld dafür über die DFG zu beantragen, gescheitert. Es gibt kein Bewusstsein darüber, dass visuelle Forschungsarbeit genauso anspruchsvoll ist, wie schreibende Arbeit.“ (Interview 9) Freie ForscherInnen bewegen sich in einem innovativen, praxisnahen Bereich, den die Universität nicht abdecken kann, den sie aber für ihre AbsolventInnen durch eine entsprechende, berufliche Weiterbildung als Gestaltungsraum erschließen kann.[75] Denn: „Auf meinem Gebiet kann man Geld verdienen, die Uni macht nur Theorien, auf meinem Gebiet laufen die spannenden Dinge aber außerhalb der Universität ab.“ (Interview 4) Es sind gerade diese qualitativen Wissenspraktiken und Indikatoren, die das Profil freier, geisteswissenschaftlicher Forschung charakterisieren und die einen eigenständigen Beitrag der Geisteswissenschaften zur Wissensgesellschaft ermöglichen.

Tätigkeitsfelder und Marktsegmente

I. Forschungsarbeit als wissengenerierende Dienstleistung

Forschung zu den Wissenspraktiken und Indikatoren sollte im Mittelpunkt freier, geisteswissenschaftlicher Forschung stehen. Dabei geht es zum einen um reflexive Forschung über die Wissenspraktiken und Indikatoren selbst, andererseits um deren Anwendung als marktfähige Formate von Forschung im Umgang mit der „Ressource Wissen“. im Marktsegment Wissensgesellschaft (A.).

Im Marktsegment Hochschule (B.) bietet sich Forschung dagegen bislang nur in Form von Festanstellungen oder temporären Werkverträgen an. Viele freischaffende ForscherInnen pendeln zwischen akademischer und freier Projektarbeit. Allerdings würde die Öffnung des Forschungsmarktes für antragsberechtigte, geisteswissenschaftliche ForscherInnen ein Auftragspotenzial erschließen. Vorbild ist hier die freie Forschung im sozial- und politikwissenschaftlichen Bereich. Freie Forscher und Institute führen Erhebungen, Studien und Expertisen zu aktuellen sozio-politischen Fragestellungen durch. So sind beispielsweise Arbeit und Arbeitszeit, Gender, Familie und andere Lebensformen, Work-Life-Balance, Arbeitsmarkt- und Sozialpflege sowie soziale Prozesse in Organisationen die Arbeitsschwerpunkte des freien Instituts für sozialwissenschaftlichen Transfer in Berlin (SowiTra). SowiTra wurde vor zwei Jahren von vier SozialwissenschaftlerInnen als Partnerschaftsgesellschaft mit dem Aufgabenprofil gegründet, „zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlicher sowie betrieblicher Praxis“[76] zu vermitteln. Auftraggeber sind Hochschulen, Bundes- und Landesministerien, Stiftungen, Gewerkschaften, Verbände und Beratungseinrichtungen. Sozio-politische Forschung verfügt über einen Forschungsmarkt der (beschränkt) zugänglich ist und in dem sich freie Sozial- und PolitikwissenschaftlerInnen engagieren können. Dies fehlt bislang für den Bereich der Geisteswissenschaften.

II. Wissensintensive Dienstleistungen

Unter wissensintensiven Dienstleistungen werden diejenigen Tätigkeiten verstanden, die Forschungsergebnisse vermitteln, also bezogen auf die Wissensgenerierung sekundäre Dienstleistungen. Dies kann in Form von Publikationen, Vorträgen, Lehre, Beratung, Begutachtung oder Coaching erfolgen. Des Weiteren lassen sich all jene Tätigkeiten darunter subsumieren, die zwar kein neues Wissen generieren, aber bestehendes Wissen und Informationen zusammentragen, aufbereiten und

[75] Das Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt geht hier sicherlich den richtigen Weg, indem sie die Expertise in neuen Technologien, Internationalisierung, interkulturelle Kompetenzen sowie das analytische Rüstzeug zum Verstehen von Gruppen bzw. „Communities“ sowie der Prozesshaftigkeit solcher Formationen in ihr Curriculum aufgenommen haben. Ilyes, Petra: Studie: Qualifikationsprofile in Wissenstransferberufen, Universität Frankfurt, März 2002 http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/volltexte/2007/5084/pdf/wissenstransfer.pdf

[76] SowiTra Berlin www.sowitra.de

kommunizieren. Diese Tätigkeiten können im Marktsegment Wissensgesellschaft (A.) eine breite Anwendung finden, dafür würde aber das Marktsegment Hochschule (B.) eine wichtige Rolle spielen. Zum einen um die Anbindung der freien ForscherInnen an das akademische System zu ermöglichen, zum anderen aufgrund des Bedarfs an externen MitarbeiterInnen. Denn wie der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme zur Entwicklung und Förderung der Geisteswissenschaften in Deutschland feststellt, ist die Belastung allein durch die Gutachtertätigkeit für die Betroffenen so groß, dass die geisteswissenschaftliche Forschung der Universitäten beeinträchtigt ist.[77]

Vor allem die Lehre, Qualifikation und berufliche Weiterbildung eignen sich für die Universitäten als Outsourcing-Bereiche. So könnte insbesondere das Modell des „externen Lecturers" sowohl für die freien GeisteswissenschaftlerInnen als auch für die Hochschule – zur Verbesserung der Lehre und Entlastung des Personals – ein großes Potenzial bieten. Dazu müssen jedoch sowohl die Honorare verbindlich und auf einem höheren Niveau als bisher geregelt werden als auch Möglichkeiten für Professoren geschaffen werden, sich bis zu einem gewissen Grad von Lehre ‚freizukaufen', wie dies im angloamerikanischen Universitätssystem üblich ist. Die Finanzierung könnte – und sollte gemäß den Gebührendordnungen - durch die Studiengebühren sowie durch ein leistungsabhängiges „Incentive-System" der Hochschulen gewährleistet werden. Neben der Lehre könnten freischaffende GeisteswissenschaftlerInnen mit entsprechend ausgewiesener Qualifikation auch als „externe Prüfer und Betreuer" sowie „externe Gutachter" herangezogen werden.

Ein weiterer und für die Geisteswissenschaften neuer Tätigkeitsbereich innerhalb der Hochschule wäre die berufliche Vorbereitung der Studenten. Gerade hier können praxiserfahrene GeisteswissenschaftlerInnen einen wertvollen Beitrag leisten. Entsprechende (zertifizierte) Weiterbildungsmaßnahmen können aus dem Akademischen heraus die Berufschancen der Absolventen erhöhen. Denn es kann nicht ausreichen, dass „Zusatzqualifikationen … über Erfolg und Misserfolg von Geisteswissenschaftlern auf dem Arbeitsmarkt entscheiden. Berufserfahrungen durch Praktika und Fremdsprachenkenntnisse, die durch Auslandsaufenthalte erworben werden, steigern die Aussichten auf einen Job maßgeblich," wie es in dem Text „Geisteswissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt" der Initiative „Jahr der Geisteswissenschaften" heißt.[78] Ein geisteswissenschaftliches Studium vermittelt neben dem Wissen einer Disziplin das Handwerkszeug im Umgang mit der Generierung und Vermittlung von Wissen. Es ist dieses ‚Handwerkszeug', das GeisteswissenschaftlerInnen für die wissensintensiven Dienstleistungen und die freie Forschungsarbeit qualifiziert und das durch zertifizierte Weiterbildungsmaßnahmen gestärkt werden kann.[79]

Zwischenfazit Marktpotenzial

Es gibt also durchaus ein Marktpotenzial für freie, geisteswissenschaftliche Forschung. Allerdings bedarf dieses Potenzial der Erschließung und diese kann von den freien ForscherInnen nicht allein geleistet werden. In Anbetracht der Tatsache, dass unternehmensbezogene, wissensintensive Dienstleistungen als wichtiger Motor für die Wettbewerbsfähigkeit gelten, sollte das Interesse des Staates wie auch der Wirtschaft am Aufbau eines freien Forschungsmarktes zu Wissenspraktiken und Indikatoren hinreichend groß sein. Aber auch die akademischen Geisteswissenschaften sollten ein ausreichendes Interesse daran haben, um ihren Studenten über eine adäquate Berufsvorbereitung den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Damit können sie ihrem ‚Manko', für einen Markt jenseits des Akademischen auszubilden, der aber bisher in

[77] Wissenschaftsrat, 2006: 98.

[78] ABC der Menschheit: Downloads www.abc-der-menschheit.de/

[79] Eine laufende Studie der HIS Hochschul-Informations-System GmbH untersucht bis Ende 2007 den „Berufsverbleib von Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftlern" mit dem Ziel „auch den Wandel der Arbeitsanforderungen und den Wandel der Tätigkeitsfelder von Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftlern mit den bestehenden Zeitreihendaten zu untersuchen." www.his.de/abt2/ab22/aktuell/ Dies kann für bestehende Berufsfelder in dieser Expertise nicht geschehen.

der Lehre nicht adressiert wird, aktiv entgegenwirken. Darüber hinaus kann die freie, geisteswissenschaftliche Forschung äußerst befruchtend für die Geisteswissenschaften sein, ähnlich den Sekundärwissenschaften in den Natur- und Ingenieurswissenschaften.

Wünschenswert wäre das Engagement staatlicher Organe in Form von Förderprogrammen für freie ForscherInnen. Zum einen um Methoden wie die „Rapid Analysis“ (weiter)zu entwickeln, zum anderen um berufliche Weiterbildungsmaßnahmen von geisteswissenschaftlichen StudentInnen für freie Forschung zu konzipieren und schließlich um die Marktpotenziale von wissensintensiven und wissensgenerirenden Dienstleistung genauer zu untersuchen.

5.2 Sichtbarkeit - Gesellschaftlicher und sozialer Status „Freier ForscherIn“

Die Erschließung eines Marktpotenzials für freie, geisteswissenschaftliche Forschung ist möglich. Den Beitrag, den die Freien ForscherInnen dazu leisten können, ist für ihre Sichtbarkeit zu sorgen und damit ihren sozialen und politischen Einfluss zur Wirkung zu bringen. Wie eingangs zu diesem Kapitel erwähnt, handelt es sich um eine soziopolitisch durchaus relevante Gruppe von bis zu einer Viertelmillion potenzieller freier ForscherInnen: nebenberuflich tätige Universitätsangehörige, AbsolventInnen im „System Praktikum“ der Berufsvorbereitung, arbeitslose GeisteswissenschaftlerInnen und Solo-Selbständige. Damit teilen sie das Problem Freischaffender, das in der Individuation liegt: Als Einzelpersonen oder im Zusammenschluss mit einigen, wenigen Kollegen sind das Arbeiten und die Präsenz auf singuläre und lokale Einflusssphären beschränkt. Gesellschaftliche und politische Unsichtbarkeit sowie Verunsicherung durch nicht vergleichbare Erfahrungshintergründe sind die Folge. Der Status einer Gruppe Freischaffender ist jedoch mit der Sichtbarkeit als Gemeinschaft verknüpft. Gemeinsamkeit wird hierbei in der Regel durch Zusammenschluss (Verband und/oder Netzwerk) gewährleistet. Zusammenschluss wiederum ermöglicht die gemeinsame Interessensvertretung und politische Lobbyarbeit: Vernetzung, Informations- und Erfahrungsaustausch, soziale Absicherung, gesellschaftliche Verankerung, Förderung und weitere Darstellungs- und Handlungsmöglichkeiten bieten sich Freischaffenden nur in organisierten Strukturen.

Selbstbild- Berufsbild

Freie Forschungsarbeit wird – auch unter noch unzureichend gestalteten Rahmenbedingungen – als attraktive Arbeitsform gesehen. Das Selbst(Berufs)bild der freien ForscherInnen ist durchgehend positiv besetzt in dem Sinne, dass diese Arbeitsform Freiräume bietet, insbesondere Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit. Diese Vorzüge werden in Abgrenzung zum Universitätssystem hoch bewertet: „Ich kenne beide Seiten. Als Freiberuflerin kann ich so viel mehr gestalten, ich kann auch Aufträge ablehnen, die ich nicht machen will oder kann. An der Universität stecke ich in einer Hierarchie, das finde ich unattraktiv. Ein Modell, wo man hin und her schwenken kann zwischen anwendungsbezogener und theoretischer Arbeit ist im universitären System nicht möglich, es ist nicht durchlässig.“ (Interview 4). Diese positive Einschätzung freiberuflicher Forschungstätigkeit wurde von allen InterviewpartnerInnen betont, unabhängig davon, ob sie mit freier Forschung selbst ihr Auskommen erzielen konnten oder nicht.

Dieses Modell selbständiger Tätigkeit wird in den verschiedenen Branchen der kreativen Berufe derzeit nicht nur erprobt, ihre VertreterInnen tragen es selbstbewusst vor sich her: In ihrem Buch „Wir nennen es Arbeit“ sehen Holm Friebe und Sasche Lobo in der wachsenden Gruppe von Selbständigen in den gestalterisch-kreativen Berufen wie Designer, Architekten, Texter usw. eine Fortsetzung der städtischen Avantgarde als „digitale Bohème“. Was sie im Kern ausmache, seien „eine selbstbestimmte Lebensweise in einer informellen Gruppenstruktur, die immer auch eine Arbeits- und Produktionsweise ist und sich nur sehr bedingt mit einem Festanstellungsverhältnis verträgt. … Es geht ihr mit anderen

Worten darum, nicht nur so zu leben, wie man will, sondern auch so zu arbeiten, wie man will, und dabei keine Kompromisse einzugehen und keinen Aufschub zu dulden. … Wenn wir Bohème sagen, sprechen wir von einer Gruppe, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nimmt und dabei mehr Wert auf Selbstprogrammierung und individuelle Freundschaften legt als auf karrierefördernde Anpassung. Es deutet viel darauf hin, dass diese Gruppe derzeit starken Zulauf erfährt, nicht nur an den klassischen Standorten der Bohème, zu denen einem für Europa sofort Paris, London, Wien und Berlin einfallen, sondern über den ganzen Globus verstreut.“[80]

Diese Arbeitsweise als Freiberufler in den kreativen Berufen, die durch die Digitalisierung der Kommunikation erleichtert und befördert wird, kommt der wissenschaftlichen Arbeit entgegen. Sie ermöglicht Unabhängigkeit, eigenverantwortliches Handeln und darüber hinaus qualitätsvolles Arbeiten. Zur Erinnerung: „… generell äußern die Studierenden überwiegend ein großes Interesse an einer beruflichen Tätigkeit mit autonomen, fordernden und entwicklungsfähigen Aufgaben.“[81] Erst im Status der Freischaffenden können sie dieses Potenzial voll entfalten: „Autonom sein ist ein großer Vorteil. In der Hierarchie geht mein Potenzial unter. Leute wie ich haben da Schwierigkeiten. Selbständigkeit ist für mich keine Notlösung, sondern eine bewusste Entscheidung.“ (Interview 4) Unter diesen Arbeitsbedingung ist qualitätsvolle Forschungsarbeit möglich: „Das selbständige Arbeiten liegt mir einfach und ich würde mal sagen, da kommt auch eine gute Qualität bei raus.“ (Interview 1) Es ist genau diese Priorisierung der Qualität, die ein weiteres Kennzeichnen freischaffender Forschung ausmacht. „Gute Arbeit“ abzuliefern und auch danach beurteilt zu werden, dazwischen bewegt sich der Anreizmechanismus freischaffender Forschungsarbeit. Die freischaffenden ForscherInnen sind befreit vom Bemühen um institutionell begründeten Rang und Status, ein Ziel, das innerhalb der Universitäten schnell zu einem konkurrierenden Ziel werden kann: „Meine Anerkennung sind keine Titel oder Preise, sondern positive Rückmeldungen.“ (Interview 4); „Ich lebe meinen Beruf, es ist gesellschaftlich relevantes Forschen. Das macht mich zufrieden, wenn ich das tun kann, also auch dafür bezahlt werde, der Status spielt aber keine Rolle.“ (Interview 9) Das eigene Arbeitszimmer oder der Arbeitsplatz in einer Bürogemeinschaft und nicht die Universität sind für die interviewten, freien WissenschaftlerInnen die Orte, an denen geisteswissenschaftliche Forschung stattfindet.

Es spricht also viel dafür, ein eigenständiges Berufsbild „Freie (geisteswissenschaftliche) ForscherIn“ zu entwickeln und gesellschaftlich wie berufsständisch zu verankern. Formal gesehen gehört der Beruf der „Freien (geisteswissenschaftlichen) ForscherInnen“, so wie die künstlerischen oder schriftstellerischen Tätigkeiten, zu den Tätigkeitsberufen. Wissenschaftliche Tätigkeiten sind gegeben, wenn sie „grundsätzliche Fragen oder konkrete Vorgänge methodisch nach streng objektiven und sachlichen Gesichtspunkten in ihren Ursachen erforschen, begründen und in einen Verständniszusammenhang bringen.“ [BFH Urteil vom 30.3.1976, Az VIII R 137/75, BStBl. II 1976, S. 464] Wissenschaftlich tätig ist nach der Definition des Instituts für Freie Berufe (IFB), wer „nicht nur schöpferische oder forschende Arbeit“ leistet, sondern auch „das aus der Forschung hervorgegangene Wissen auf konkrete Vorgänge“ anwendet. „Die bloße Anwendung wissenschaftlicher Grundsätze und Methoden reicht jedoch nicht aus. Danach zählt als wissenschaftliche Tätigkeit auch die Erstellung von Gutachten sowie eine Prüfungs- und Lehrtätigkeit, wenn sie besonders qualifiziert ist. … Die Tätigkeiten müssen jedoch selbständig, d.h. nicht im Rahmen einer nichtselbständigen Beschäftigung ausgeübt werden.“[82]

Ebenso wie es unterschiedliche Berufsbezeichnungen für künstlerische Tätigkeiten gibt, sollte die Berufsbezeichnung „Freie ForscherIn“ – neben den wissenschaftlichen Tätigkeitsberufen des Gutachters, Dozenten, Erfinders, oder allgemein, Wissenschaftlers - etab-

[80] Friebe, Holm/Lobo, Sascha: Wir nennen es Arbeit, 2006: 27–28.

[81] BMBF 2001: 13.

[82] Institut für Freie Berufe: Freier Beruf oder Gewerbe?, Nürnberg 2005[6]: 20

liert werden. Diese Berufsbezeichnung wie auch eine entsprechende Berufsdefinition wären aus drei Gründen wichtig: Zum einen um ein klares Profil des Berufes zu generieren und damit Sichtbarkeit herzustellen; zum zweiten, um die steuerrechtlichen ‚Oszillationen' zwischen wissenschaftlichen (19 % UST), publizierenden (7 % UST) und lehrenden (im Rahmen von Hochschulen umsatzsteuerbefreit) Anteilen ggf. zu vereinheitlichen; und drittens, um die für freie ForscherInnen attraktive Unternehmensform der Partnerschaftsgesellschaft zugänglicher zu gestalten. Denn es liegt bisher im konkreten Falle bei den Finanzämtern bzw. Gerichten zu entscheiden, ob die Tätigkeit tatsächlich einer wissenschaftlichen Tätigkeit entspricht und damit eine Partnerschaftsgesellschaft rechtfertigt. Diese Berufsbezeichnungs- wie Profildefinition setzt eine starke Interessensvertretung seitens der freischaffenden ForscherInnen voraus. Zu leisten wäre dies beispielsweise mit der Gründung einer Vereinigung, die sich im Laufe der Zeit zu einem Berufsverband entwickeln könnte. Bei hinreichend öffentlichem Interesse könnte dies auf lange Sicht – wie bei den Architekten oder Rechtsanwälten – zur Einrichtung einer eigenen Kammer führen.[83]

Vom Diskussionsforum zur Interessensvertretung

Bislang gibt es in Deutschland nur eine punktuelle Interessenvertretung für die Gruppe der Lehrbeauftragten an Universitäten durch die Gewerkschaften, beispielsweise durch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Berlin. Diese gewerkschaftliche Interessensvertretung beschränkt sich auf die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen für Lehrbeauftragte an den Universitäten und bezieht sich damit nur auf einen kleinen Teilbereich freier wissenschaftlicher Arbeit, nämlich auf die wissensvermittelnde Tätigkeit innerhalb des Marktsegments wissensintensiver Dienstleistungen an Hochschulen. Prinzipiell wären freie ForscherInnen als Selbständige auch bei Ver.di vertreten, die sich mit ihrer Tochtergesellschaft Mediafon um die Organisierung und Mobilisierung Selbständiger im Allgemeinen bemüht. Dort sind sie aber als eigene Berufsgruppe noch nicht sichtbar geworden, weshalb die Beratungs- und Weiterbildungsangebote bisher nicht auf ihre speziellen Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Daneben gibt es auch erste Versuche einer Selbstorganisation. So hat sich Anfang der 1990er Jahre in Berlin ein „Arbeitskreis Habilitierter oder ähnlich qualifizierter Wissenschaftler" (AHW Berlin) gegründet. Zu diesem Arbeitskreis gehören nebenberuflich tätige Universitätsangehörige, also Zeitprofessoren, Dozenten und außerplanmäßige Professoren. Dieser Arbeitskreis definiert sich aber ausdrücklich nicht als Interessensvertretung, „sondern lediglich als ein offenes und geselliges Diskussionsforum"[84]. Damit schafft der Arbeitskreis zwar eine gewisse Sichtbarkeit, eine kollektive Interessenvertretung ist aber ausdrücklich nicht das Ziel. Eine andere Form der Selbstorganisation findet für freie WissenschaftlerInnen innerhalb der disziplinbezogenen Verbände statt. Diese dienen jedoch in erster Linie dem fachlichen und wissenschaftlichen Austausch und bieten ihren Mitgliedern daher auch keine Dienstleistungen wie die Verbände der etablierten freien Berufe an (z. B Rechts- und Steuerberatung, Versicherungsberatung, Zugang zu Fortbildungen und Ausschreibungen). Darüber hinaus können diese universitätsbezogenen Netzwerke geradezu kontraproduktiv für die Realisierung der Interessen von freien WissenschaftlerInnen wirken. Denn freie GeisteswissenschafterInnen sind dort mit einem Legitimations- und Glaubwürdigkeitsproblem konfrontiert, das sie daran hindert ihre Interessen zu artikulieren und ihr individuelles und kollektives Selbstverständnis als freie ForscherInnen zu entwickeln. Zum Teil werden diese institutionsgebundenen, disziplinenorientierten Verbände auch bereits

[83] In einem Gespräch mit dem DIHT Deutscher Industrie und Handelstag wurde eine mögliche Verkammerung als wenig wahrscheinlich angesehen. Nur wenn ein ausreichend öffentliches Interesse besteht, den Tätigkeitsbereich qualitativ zu kontrollieren, kann der Gesetzgeber die Konstitution einer Kammer beschließen. Kammern kontrollieren den Berufszugang und die erforderlichen Qualifikationen, sie bieten aber auch eine berufsständische Versorgung an.

[84] AHW Berlin www2.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Cricetus/SOzuC3/AHWBln.htm

durch lose Netzwerke jenseits der Disziplin- und Institutionszugehörigkeit ergänzt: „Wir organisieren uns mit ein paar KollegInnen in ambulanten, außerinstitutionellen Denkkollektiven. Da sind dann auch Leute dabei, aus Institutionen, aber man vernetzt sich kreuz und quer. Ich glaube, dass das ein ungeheures Potenzial macht, es geht um die Sache, es macht Spaß.“ (Interview 9)

Was für die Realisierung eines gesellschaftlichen und sozialen Status benötigt wird, ist daher eine Interessenvertretung für freie ForscherInnen – oder allgemeiner – freie WissenschaftlerInnen, die nicht an diese bestehenden Strukturen anknüpft, sondern darauf ausgelegt ist, eigene Strukturen zu schaffen. Wie Erfahrungen von ver.di bei der Mobilisierung der „neuen Selbständigen“ zeigen, steht zu Beginn der Mobilisierung einer solchen Interessensgemeinschaft die Identifikation kollektiver Bedürfnisse:

Schritt 1: Zur Artikulation dieser Bedürfnisse muss zunächst ein kommunikativer Raum geschaffen werden. Dies muss noch nicht in einem institutionellen Rahmen stattfinden, zunächst würde eine Vernetzung der Zielgruppe über eine Internet-Plattform ausreichen. Hier könnten über den Austausch von Informationen zu den in dieser Studie identifizierten zentralen Fragen des Marktes, der Sichtbarkeit und der Infrastruktur Ideen gesammelt und vorstrukturiert werden.

Schritt 2: In einem nächsten Schritt würden im Rahmen eines Workshops alle relevanten Akteure aus den Bereichen der Interessenvertretungen der „neuen Selbständigen“ sowie der etablierten freien Berufe, aus der Forschungs- und Wirtschaftsförderung und den Universitäten zusammen mit den freien ForscherInnen an ‚einen Tisch’ gebracht. Im Austausch der freien WissenschafterInnnen untereinander und mit den gesellschaftlichen Akteuren könnten Verbündete identifiziert, Problemfelder und Handlungsoptionen fokussiert werden.

Schritt 3: Werden diese Ergebnisse nach Außen kommuniziert, ist dies ein erster Schritt, um die freien ForscherInnen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und eine öffentliche Debatte über die mit freier Forschung verbundenen gesellschaftlichen Problemlagen anzustoßen. Ein weiterer Workshop könnte als Auftaktveranstaltung den Prozess der Sichtbarmachung einleiten, an dessen Ende die Schaffung einer Interessensvertretung mit stabilen Strukturen steht, wie sie KünstlerInnen, AutorInnen oder ArchitektInnen und deren Verbündete über Jahrzehnte aufgebaut haben.

Als Vorbild kann hier der Berufsverband Bildender Künstler (BBK) dienen, der mit seinen Errungenschaften den sozialen Status von KünstlerInnen entscheidend verbessert hat. (Berufs)verbände fungieren als wichtige Knotenpunkte im sozialen und ökonomischen Netz freischaffend Tätiger. Sie informieren, bieten Weiterbildungsmöglichkeiten, vertreten die Interessen, schaffen Standards, Markttransparenz und Infrastrukturen, kurz: sie generieren ein sichtbares (Berufs-)Bild.

5.3 Infrastruktur – Realisierung freier Forschungsarbeit

Neben der Sichtbarkeit (Berufsbild, Interessensvertretung) ist die Infrastruktur für die Realisierung freier Forschungsarbeit der zweite wichtige Stützpfeiler. Die Sichtbarkeit in Form von organisierten Strukturen bildet hier die Voraussetzung, um geeignete Infrastrukturen aufzubauen und zu etablieren. Angepasst an die Bedürfnislage der jeweiligen Tätigkeitsfelder kann die Infrastruktur unterschiedliche Ausprägungen annehmen. Die Identifizierung der spezifischen Bedürfnislage ist ein vorrangiges Ziel des (zukünftigen) kollektiven Austausches und der Vernetzung freier ForscherInnen. Daher kann hier nur auf einige Aspekte hingewiesen werden.

Die Besonderheit freier Forschung besteht im Moment darin, dass die freischaffend Tätigen nicht nur auf feste Löhne samt Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung verzichten und darüber hinaus keine Zugangsrechte zu (öffentlich finanzierten) akademischen Infrastrukturen und Ressourcen haben. Einige dieser Ressourcen sind durch persönliches Engagement kompensierbar, andere nicht.

Kollektive Infrastruktur freier Forschung

Nicht kompensierbar für die einzelne, freischaffende ForscherIn ist der Zugang zu Förderprogrammen, zu elektronischen Ressourcen wissenschaftlicher Journale und Datenbanken (die nur noch über öffentliche Bibliotheksarbeitsplätze erreichbar sind) sowie zu kostspieligem Equipment. Alle drei forschungswichtigen Ressourcen bedürfen entweder der Universität als Schnittstelle oder – im Zuge der Erschließung eines freien Forschungsmarktes und der Etablierung von Forschung als wissengenerierende und wissensintensiver Dienstleistung – einer eigenen, unabhängigen Infrastruktur, die von einer Interessensvereinigung „Freie ForscherInnen“ verwaltet werden könnte. Die Rede ist von einer „zentralen Geschäftsstelle“, über welche die Mitglieder (qualifizierte freie ForscherInnen) Förderanträge einreichen können, die bewilligte Forschungsgelder verwaltet, die über Abonnements für elektronische Ressourcen verfügt und diese den Mitgliedern zugänglich macht und die einen Verleihpool an technischem Equipment bereithält. Diese „zentralen Geschäftsstelle“ kann benötigte Berufsversicherungen abschließen und ihren Mitgliedern weiterreichen sowie Qualitätskriterien „guter freier Forschung“ definieren, um Vertrauen und Sicherheit für die Auftraggeber zu gewährleisten.

Unterstützung der Existenzgründung

Die meisten der interviewten WissenschaftlerInnen haben sich einen Arbeitsplatz außerhalb der Universitäten geschaffen. Sie haben entweder Einzelbüros angemietet oder aber Bürogemeinschaften gegründet. Dies erhöht einerseits die Sichtbarkeit und sichert gleichzeitig den Zugang zu Infrastruktur. Mit den Bürogemeinschaften folgen sie einem Modell, das sich bei den etablierten Freien Berufen bereits bewährt hat: „Ideal wäre es eine Bürogemeinschaft zu haben, ich würde auch gerne im Team arbeiten. Man muss sich dann nicht um jede Kleinigkeit selbst kümmern, sei es der Computer, das Telefon. Eine Infrastruktur zu haben z. B auch den Zugang zu Datenbanken wäre eine gute Vorraussetzung für die freiberufliche Forschungsarbeit.“ (Interview 6) Im Sinne einer Existenzgründungsinitiative „Freie Forschung“ wäre beispielsweise subventionierter Büroraum – ähnlich den Atelierprogrammen – wünschenswert.

Ökonomisches Netz

Ein Vorteil von Berufsverbänden und Kammern ist die Festlegung von Honoraren und Normverträgen. Veronika Mirschel von ver.di wies darauf hin, dass Honorarempfehlungen dem Kartellrecht unterliegen und nur von Mittelstandsvertretungen ausgesprochen werden dürfen. Zum einen ist die Gründung einer Mittelstandsvereinigung aber ein langwieriger Prozess und zum andere besteht bei Honorarempfehlungen durch das Kartellrecht stets die Gefahr von Abmahnungen (wegen gesetzeswidriger Kartellabsprachen). Nichtsdestotrotz ist für Selbständige Markttransparenz ein überlebenswichtiger Faktor, um nicht in die Dumpingpreisfalle zu stolpern. Hier kann die Universität Hilfestellung leisten, indem allgemein gültige und leistungsadäquate Honorarregelungen für externe Lehrbeauftragte, Forscher, Gutachter etc. festgelegt werden. Diese Honorare könnten sich dann auch auf dem freien Markt durchsetzen.

WissenschaftlerInnen können ebenso wie AutorInnen für die Verwertung ihrer Publikationen auf die Verwertungsgesellschaft VG WORT zurückgreifen. Im Unterschied zu Fotografen treten sie aber in der Regel alle Verwertungsrechte, auch Zweitverwertungsrechte, ihrer Forschung an die Aufrageber ab. Normverträge könnten hier ein marktgerechtes und für beide Seiten faires Agreement definieren.

Soziales Netz

Zur Realisierung freier Forschungsarbeit gehört über die Finanzierung des Lebensunterhalts hinaus auch die soziale Absicherung. Dies ist umso wichtiger als für die „hochqualifizierten AlleindienstleiterInnen“ momentan „mehrheitlich ein niedriges und überdies stark schwankendes Einkommen charakteristisch“

ist.[85] Die Interviewten repräsentierten dabei die typischen Einkommensspektren freiberuflich Tätiger, die sich in drei Klassen einteilen lassen: Freischaffende, die kaum ihren aktuellen Lebensunterhalt verdienen und mit einem Einkommen nahe der Armutsgrenze auskommen müssen. Freischaffende, die ihren aktuellen Lebensunterhalt decken, aber keine Vorsorge treffen können. Freischaffende, die ihren aktuellen Lebensunterhalt sowie Vorsorge finanzieren können. Letztere sind eher die Ausnahme, da es in Deutschland ein Luxus ist, sich eine freiwillige Kranken-, Arbeitsunfähigkeits-, Renten- und Arbeitslosenvorsorge zu leisten.[86]

Diese Lücke im Sozialversicherungssystem für freie WissenschaftlerInnen in prekären Verhältnissen verschiebt die soziale Problematik in Form von Sozialfällen im Alter auf die nächste Generation. Aufgrund dieser charakteristischen Einkommenssituation und der noch schwachen Marktposition sind freie ForscherInnen auf Unterstützung angewiesen. Die Tatsache, dass sie diese Merkmale mit den freien Berufen der Künstlersozialkasse (KSK) teilen, wäre ein Argument dafür, auch die freien ForscherInnen in die Künstlersozialversicherung mit einzubeziehen. Neben der charakteristischen Einkommenssituation ist es aber auch die Art der Tätigkeit, nämlich die „schöpferische Tätigkeit“, die freie ForscherInnen den Zugang zu KSK eröffnen sollte. Die KSK wird schließlich nicht nur als „eine sozialpolitische, sondern auch eine kulturpolitische Errungenschaft“ verstanden, weil damit „die schöpferische Aufgabe von Künstlern und Publizisten als wichtig für die Gesellschaft anerkannt“[87] wird. Die Förderung freier wissenschaftlicher Tätigkeit – sowohl als forschende wie als vermittelnde Tätigkeit – als gesellschaftliche Aufgabe zu sehen, wäre eigentlich die logische Konsequenz aus der Erkenntnis, dass Wissen und dessen schöpferische Nutzung und Weiterentwicklung für unserer Gesellschaft als Wissensgesellschaft eine entscheidende Rolle spielt. Ähnlich wie in den 1970er Jahren bei den KünstlerInnen und publizistisch Tätigen ist hier politischer Handlungsbedarf angezeigt.

Förderprogramme

Schließlich bedarf es geeigneter Förderprogramme für freie ForscherInnen, um den freien Forschungsmarkt zu erschließen; zum einen um geisteswissenschaftliche Methoden als marktfähige Forschungsformate weiter zu entwickeln, zum anderen, um berufliche Weiterbildungsmaßnahmen von geisteswissenschaftlichen StudentInnen für freie Forschung zu konzipieren und schließlich um die Marktpotenziale von wissensintensiven und wissensgenerierenden Dienstleistung genauer zu untersuchen.

---

[85] Betzelt, Sigrid: Flexible Wissensarbeit: AlleindienstleisterInnnen zwischen Privileg und Prekariat. ZeS-Arbeitspapier Nr 3/2006: 13

[86] Die freiwillige Arbeitslosenversicherung ist auf diejenigen zugeschnitten, die ummittelbar vor der Beantragung pflichtversichert waren. Bedingung für die Aufnahme ist u. a. dass in den zwei Jahren zuvor mindestens zwölf Monate lang Pflichtbeiträge gezahlt wurden. Diejenigen, die zuvor beispielsweise mit einem Stipendium promoviert oder habilitiert haben oder sich aus der aktuellen Selbständigkeit heraus freiwillig versichern möchten bleibt der Zugang verwehrt.

[87] Künstlersozialkasse – Kurzcharakteristik. www.ksk.de

6. Fazit und Empfehlungen zur Umsetzung freier, geisteswissenschaftlicher Forschung

Die Expertise skizzierte die Möglichkeit und das Marktpotenzial freier (geisteswissenschaftlicher) Forschungsarbeit. Es wurde deutlich, dass die Geisteswissenschaften in erster Linie für einen Markt jenseits des Akademischen ausbilden, den sie jedoch in ihrer Ausbildung nicht direkt adressieren (S. 15/16). Dieses „Manko“ wird zudem noch durch die Ausrichtung der deutschen Geisteswissenschaften auf den „konservierten Geist“ vergangener Epochen verschärft (S. 16/17). StudentInnen wird nicht ausreichend die Möglichkeit gegeben, aktuelle Phänomenen zu fokussieren, was ihre Berufsaussichten sicherlich schmälert. Zudem haben es die Geisteswissenschaften bisher kaum geschafft, durch aktuellen Anwendungsbezug vitale Sekundärwissenschaften zu generieren und ihre Methoden als marktfähige Formate auszuprobieren (S. 16). Damit verpassen sie die Chance, einen genuin eignen Beitrag zur Wissensgesellschaft zu leisten, wie dies die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bereits tun (S. 23/24). Dabei könnten die Geisteswissenschaften eine wichtige Komponente im Umgang mit der „strategischen Ressource Wissen“ beisteuern: Ihre Aufgabe wäre es, den bis dato instrumentellen Begriff von Wissen in der „knowledge-based ecomomy und society“ (S. 18, 21/22) kulturell zu fundieren (S. 24).

Dieser Mangel der akademischen Forschung eröffnet einen Gestaltungsraum für freie, geisteswissenschaftlicher Forschung. Angesichts der veränderten Bedingungen von Wissensarbeit und der Erprobung neuer Konzepte der Erwerbsarbeit (S. 17) kann sich dieser Mangel als Vorteil herausstellen, insofern er gerade diesen neuen Konzepten von Forschungsarbeit Raum schafft. Er kann sich allerdings nur unter zwei Bedingungen in einen Vorteil verkehren: Zum einen muss die Erschließung dieses freien Forschungsraumes von öffentlicher Seite unterstützt werden, zum anderen darf die Universität die berufliche Weiterbildung ihrer StudentInnen – gerade aufgrund des skizzierten Mankos in der bisherigen geisteswissenschaftlichen Ausbildung – nicht anderen Institutionen überlassen. Das Handwerkszeug des geisteswissenschaftlichen Methodenspektrums ist es, das den Wert der AbsolventInnen für den Markt ausmacht. Dieses bedarf der gezielten Weiterentwicklung, und hier können die freien ForscherInnen ihre Markterfahrung - anwendungsorientierte und praxisnahe Forschung - einbringen (S. 26). Grundsätzlich bedarf es dazu aber zu allererst der Identifikation geeigneter qualitativer Wissenspraktiken und Indikatoren – eben marktfähiger, geisteswissenschaftlicher Forschungsformate – im Umgang mit der „Ressource Wissen“ (S. 18, S. 23-25). Gelingt dies, können die Geisteswissenschaften nicht nur einen Beitrag zur Wissensgesellschaft leisten, sondern diese auch mitgestalten.

Gleichzeitig können sie ein Modell von freier Forschung als wissensgenerierender und wissensintensiver Dienstleistung formulieren. Dies wäre vor allem deshalb wegweisend, da die wissensintensiven Dienstleistungen der „knowledge-based ecomomy und society“ Forschung und Forschungsvermittlung bislang nicht zum Gegenstand haben (S. 22). Doch gerade hier liegt ein bislang unausgeschöpftes umsatz- und personalintensives Potenzial der „Dienstleistungsgesellschaft“ (S. 23). Voraussetzung dafür ist die Schaffung eines freien Forschungsmarktes (S. 21), wie auch die Unterstützung der freien ForscherInnen bei der Erschließung dieser Potenziale (S. 31/32).

Empfehlungen

Aus den skizzierten Möglichkeiten freier, (geisteswissenschaftlicher) Forschungsarbeit leiten sich folgende Empfehlungen an die freien ForscherInnen, die Hochschulen sowie die staatlichen Organe ab:

Freie ForscherInnen

Die freien ForscherInnen müssen durch Zusammenschluss für ihre Sichtbarkeit und ihr politisches Gewicht sorgen. Die ersten Schritte wären hierbei die Vernetzung Gleichgesinnter

über eine Internet-Plattform und die Diskussion der Bedürfnislage (Schritt 1), den Kontakt zu relevanten Akteuren im Bereich der Interessensvertretungen zu suchen (Schritt 2) und eigene Strukturen der Interessensvertretung zu initialisieren (Schritt 3). Ziel müsste die Gründung einer Vereinigung/Verbandes sein, um in politischer Lobbyarbeit die soziale Absicherung und Förderung als Ziel umzusetzen, aber auch um innerhalb der Gruppe Erfahrungen und Kontakte weiterzugeben. Auf diese Weise kann das Profil, die Sichtbarkeit und der Status des (Berufs-)bildes „Freie ForscherIn" (berufsständisch) verankert sowie die nötigen Infrastrukturen geschaffen werden.

Des Weiteren sollte sich eine Interessenvertretung aktiv um die Entwicklung marktfähiger Forschungsformate basierend auf den geisteswissenschaftlichen Methoden bemühen, um die Voraussetzung für freie Forschungsarbeit zu schaffen (geeignete, qualitative Wissenspraktiken und Indkatoren). Gelingt dies, können freie ForscherInnen die „Wertsteigerung der Ressource Wissen" in der Wissensgesellschaft aktiv mitgestalten. Dabei können sie akademisch unkonventionelle Methoden entwickeln und einsetzen und sollten diesen Gestaltungsfreiraum für Forschung auch nutzen (Nischenstrategie). Darüber hinaus eröffnet sich ihnen in der beruflichen Weiterbildung geisteswissenschaftlicher StudentInnen und AbsolventInnen – in Kooperation mit den Hochschulen – ein zusätzliches Marktsegment.

Hochschulen

Die Hochschulen sollten den Wunsch der AbsolventInnen nach beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen ernst nehmen und auch den der externen MitarbeiterInnen, nach leistungsgerechter Honorierung ihrer Arbeit. Beides kann für die Hochschule von großem Nutzen sein: Sie kann ihr Verhältnis zu den externen MitarbeiterInnen verbessern, die Lehre aufwerten, die ProfessorInnen entlasten, den AbsolventInnen bessere Marktchancen eröffnen und, last but not least, ein dynamisches Reservoir der wissenschaftlichen Erneuerung durch die Unterstützung freier ForscherInnen erschließen. Im besten Falle kann dies zu neuen Fachprofilen und Sekundärwissenschaften führen, um den Bedürfnissen der StudentInnen wie auch der Wissensgesellschaft entgegenzukommen. Dazu bedarf es eines entsprechenden Marktbewusstseins im eigenen Bereich (Outsourcing-Modelle, leistungsgerechte Honorierung), auch als Signal an den sich formierenden, freien Forschungsmarkt. Die Hochschule kann dabei als Schnittstelle fungieren.

Im Falle der beruflichen Weiterbildung kann gemeinsam mit freien ForscherInnen ein Masterprogramm entwickelt werden, das den StudentInnen aller geisteswissenschaftlichen Fächer gleichermaßen offen steht und sie für den Markt qualifiziert.

Staatliche Organe

Die Erschließung eines freien, geisteswissenschaftlichen Forschungsmarktes ist maßgeblich auf die Unterstützung der staatlichen Organe angewiesen: zum einen, um freischaffende, promovierte GeisteswissenschaftlerInnen als antragsberechtigt und damit als gleichwertige Akteure in das Forschungssystems aufzunehmen und dadurch einen freien Zugang zum (öffentlich finanzierten) Forschungsmarkt zu gewährleisten; zum anderen, um die Klassifikationen der „knowledge-based economy" adäquat weiterzuentwickeln; drittens sind freie ForscherInnen auf die Unterstützung staatlicher Organe angewiesen, um neue wissensintensive Dienstleistung zu kreieren. Dies kann durch geeignete Förderprogramme (Wissenspraktiken und Indikatoren, berufliche Weiterbildung, Marktstudien), Existenzgründungsprogramme und die Förderung und Unterstützung einer „zentralen Geschäftstelle" für freie ForscherInnen erfolgen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die Lücke im Sozialversicherungssystem für freie WissenschaftlerInnen geschlossen werden kann. In Anbetracht des Wertes der „strategischen Ressource Wissen" für hoch technologisierte Gesellschaften und dem Umstand, dass Deutschland sowohl im tertiären Sektor wie in der Aufgeschlossenheit gegenüber Wissenschaft und Technik unter dem EU-Durchschnitt liegt, eröffnet sich hier ein volkswirtschaftlich interessantes Potenzial.